

# NACHRICHTEN

## ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

**INFORMATIONEN UND KOMMENTARE**

**D 21395 E**

**9**

Frankfurt, September 1972      Einzelpreis 1,50 DM      XII. Jahrgang

**F**ünf Gewerkschaftstage in der Zeit vom 17. September bis 6. Oktober 1972 bestimmen in den nächsten Wochen die gewerkschaftspolitische Szenerie. (Siehe Terminkalender und Vorberichte im Innern dieser Ausgabe.) Ihre Bedeutung für viele Millionen Gewerkschafter und abhängig Beschäftigte wird noch durch die bevorstehenden Bundestagswahlen — vermutlich am 3. Dezember — erhöht.

Diese gewerkschaftlichen Veranstaltungen sollten nicht allein für eine gründliche Diskussion und Beschlußfassung über die eigene Zielsetzung und Aktivität genutzt werden, sondern ebenso für die Formulierung der Forderungen, deren Verwirklichung die Gewerkschaften von einer neuen Bundesregierung verlangen. Die kommenden Gewerkschaftstage sind Plattformen für die Diskussion und Bestimmung der gesellschaftlichen Position der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft in der Bundesrepublik, Gremien, wo die Kriterien festgelegt werden, an denen die arbeitenden Menschen die Wahlwürdigkeit oder -unwürdigkeit der politischen Parteien und ihrer Kandidaten messen können. Dabei dienen die Forderungen des Grundsatzprogramms und des Aktionsprogramms des DGB wie auch zahlreiche Beschlüsse des 9. DGB-Bundeskongresses und Anträge an die Gewerkschaftstage der notwendigen Orientierung.

### Gewerkschaften bestimmen ihren Kurs

Der DGB-Bundesvorstand hat bereits klargestellt, daß die Gewerkschaften nicht daran denken, im Wahlkampf und bei der Stimmenscheidung als unbeteiligte Zuschauer abseits zu stehen. Der DGB will einen Forderungskatalog veröffentlichen, der jeden Gewerkschafter in die Lage versetzt, Parteien und Kandidaten im Sinne der Vertretung von Interessen der abhängig Beschäftigten — der großen Bevölkerungsmehrheit also — zu prüfen. „Diese Prüfung wird ganz gewiß unter sorgfältiger Respektierung des Prinzips der unabhängigen Einheitsgewerkschaft vor sich gehen“, schrieb dazu die „Welt der Arbeit“ am 25. August.

Für Gewerkschafter heißt das zweifellos, daß sie ihre kritische Prüfung der Programme und Versprechungen nicht allein auf das etablierte Parteien-Trio SPD, FDP und CDU/CSU begrenzen können, zumal die Enttäuschungen und negativen Erfahrungen mit diesen politischen Kräften seit Bestehen der Bundesrepublik nahezu endlos sind. Insbesondere die reaktionäre CDU/CSU verdient bei der Arbeiterschaft weder Glaubwürdigkeit noch Stimmen. Die Gewerkschafter sollten sich in der Bundestagswahl nicht anders verhalten als etwa bei Betriebsratswahlen, das heißt, verstärkt auch Kommunisten zu wählen.

Die Zurückdrängung der reaktionären Kräfte um CDU/CSU und NPD und die Durchsetzung einer Friedens- und sozialen Reformpolitik ist heute in der Bundesrepublik am zuverlässigsten möglich, wenn die DKP mit einer rührigen Fraktion in den Bundestag einzieht. — Auf den Gewerkschaftstagen sollte in der Diskussion diese Tatsache nicht übersehen werden.

-sb-

### Aus dem Inhalt

<b>Gewerkschaften und Wahlen</b>	
Im Vordergrund: Gegen Rückkehr von CDU/CSU	2
<b>Kontra CDU-Wahldemagogie</b>	3
<b>Mindestforderung: 12 Prozent</b>	
Eisen- und Stahlarbeiter vor hartem Lohnkampf	4
<b>Nächste Lohnrunde vorbereiten</b>	
DGB-Zielprojektion erfordert 12 Prozent mehr Lohn	5
<b>Konzernbilanzen entschleiern!</b>	
Eine Hilfe in der Tarifbewegung	6
<b>Kampforanisation der Bosse</b>	
Neue Unternehmerorganisation in Hessen gegründet	7
<b>Rhein Stahl — reif für Enteignung</b>	
Reportage über Hanomag-Hannover	8
<b>IG Chemie vor Entscheidungen</b>	
Vorschau auf 9. ordentlichen Gewerkschaftstag	10
<b>315 HBV-Anträge</b>	
Vor dem 8. Gewerkschaftstag in Dortmund	11
<b>Bauarbeiter wollen mitreden</b>	
Zum bevorstehenden BSE-Gewerkschaftstag	12
<b>RAG in Gemeineigentum!</b>	
Probleme auf dem Gewerkschaftstag der IGBE	13
<b>Bekanntnis zur Einheft</b>	
Leonhard Mahlein weist Gleichstellung von links und rechts zurück	14
<b>Schmidt auf Schüller-Kurs</b>	15
<b>Ein profitables Geschäft</b>	
Ausländische Arbeiter als zusätzliche Profitquellen	16
<b>Alarmierende Ergebnisse</b>	
Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz	18
<b>Wo ein Schlosser Chef wird...</b>	
Einzelverantwortung und Mitbestimmung in der DDR	20
<b>IBFG steckt in der Krise</b>	21
<b>Buchbesprechungen</b>	
Interessante Erkenntnisse	23
Verlagsintern	23
<b>Hauswirtschaftlicher Eintopf</b>	24

# Gewerkschaften und Wahlen

**Im Vordergrund: Gegen Rückkehr von CDU/CSU  
DKP-Fraktion wäre Motor progressiver Politik**

Wenn auch der Wahltag für die bevorstehenden Neuwahlen zum Bundestag offiziell noch nicht festgelegt ist — es schält sich immer mehr der 3. Dezember heraus —, so sind doch die Vorbereitungen der Parteien für den Wahlkampf in vollem Gange. Auch der DGB will klare Positionen beziehen und, wie die „Welt der Arbeit“ vom 25. August 1972 ankündigte, „einen Forderungskatalog veröffentlichten, der jeden mündigen Bürger in die Lage versetzt, die Reformvorstellungen der Gewerkschaften mit den Programmen der Parteien und den Auffassungen der einzelnen Kandidaten für ein Bundestagsmandat zu vergleichen“.

In seiner Schlußansprache an den 9. ordentlichen DGB-Kongreß in Berlin erklärte der Vorsitzende Heinz Oskar Vetter zu den kommenden Auseinandersetzungen, daß auch die Gewerkschaften Zeiten harter innenpolitischer Auseinandersetzungen entgegengehen. Selbstverständlich sei der Wahlkampf in erster Linie Sache der Parteien, aber es wäre unrealistisch anzunehmen, als würde nicht der DGB, wie auch jeder einzelne Gewerkschafter, bei diesem Wahlkampf in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen.

Wörtlich sagte Vetter: „Wir werden uns auch im härtesten Kampfgetümmel nicht davon abhalten lassen, unsere Forderungen gegenüber allen Parteien so zu vertreten, wie wir es für richtig halten. Wie bisher werden wir die Parteien dort unterstützen, wo sie den Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden. Wir werden ihnen entgegenzutreten, sobald sie etwas sagen oder tun, was den Interessen der Arbeitnehmer widerspricht...“

Die den Interessen der Arbeiter und Angestellten dienenden Forderungen der Gewerkschaften sind den Parteien bekannt. Der 9. DGB-Kongreß hat sie noch einmal in einem neuen Aktionsprogramm dargestellt: Höhere Löhne und Gehälter, größere soziale Sicherheit und Vollbeschäftigung, kürzere Arbeitszeit und längerer Urlaub, menschengerechte Arbeitsbedingungen, gleiche Bildungschancen für alle und besonders mehr Mitbestimmung.

Macht man diese Gewerkschaftsforderungen zum Kriterium der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, kann die „sozial-liberale“ Koalition nur wenig Pluspunkte für sich buchen. Die von Bundeskanzler Brandt in seiner Regierungserklärung angekündigte „Politik der inneren Reformen“ ist in den Ansätzen stecken geblieben. Die Ursachen sind offenkundig:

■ Im Bundeshaushalt genießen die Militärausgaben weiterhin Priorität und verschlingen einen Großteil der Mittel, die für soziale Investitionen benötigt werden.

■ Es fehlt an Geld für eine „bessere Lebensqualität“, weil die großen Konzerne und Monopole nach wie vor steuerlich begünstigt werden.

■ Die Eigentums- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik bleiben unangestastet, aber soziale Reformen sind ohne eine Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht möglich.

Die Bekenntnisse Willy Brandts und seines Schiller-Nachfolgers Helmut Schmidt zur Profitwirtschaft zeigen, daß die SPD auch in Zukunft die bestehende kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht antasten will. Die Einladung der Monopolherren zu einem Rendezvous mit Brandt und Schmidt und die Anbiederungsversuche des Parteikassierers Nau bei den Unternehmern wegen eines Schecks für den Wahlfonds unterstreichen diese Feststellung. Die SPD-Führung wird, auch wenn sie die nächste Regierung bildet, nicht daran denken, etwa die Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Zwar hat Helmut Schmidt vor den Gewerkschaften für die Mitbestimmung plädiert, um Stimmen bei den Gewerkschaftern zu fangen. Aber die Parteien der sozial-liberalen Koalition spielen hier mit verteilten Rollen: Die FDP verspricht zu gleicher Zeit als kommandierender Regierungspartner, die Mitbestimmung zu verhindern.

Natürlich kann es den Gewerkschaften nicht gleichgültig sein, ob die CDU/CSU an die Regierungsmacht zurückkehrt oder nicht. Darum muß gegen diese Partei des Großkapitals, bei gleichzeitiger kritischer Beurteilung der Regierungspolitik des Brandt/Scheel-Kabinetts, der energische Kampf der Gewerkschaften und aller übrigen demokratischen Kräfte geführt werden. Eine solche gewerkschaftliche Stoßrichtung ist am besten geeignet, die Chancen für eine progressive Politik zu verstärken, ebenso wie auch der Einzug von Abgeordneten der DKP in den nächsten Bundestag einer derartigen Entwicklung dienlich wäre.

Es gibt keinen Zweifel, daß die CDU/CSU, falls sie wieder an die Regierung käme, versuchen würde, den kal-

ten Krieg erneut aufleben zu lassen, die Verwirklichung der Ostverträge zu verhindern und damit die Entspannungspolitik zu blockieren. Im Innern würde sie den Abbau sozialer Rechte einleiten und die Militärpolitik als innenpolitischen Machtfaktor gegen die Gewerkschaften entwickeln.

In den als Wahlprogramm veröffentlichten „Stabilitätsleitsätzen für Staat und Wirtschaft“ der CDU (siehe auch Seite 3) verbirgt sich eine zwar sozial verkleidete Wirtschafts- und Finanzpolitik; aber sie liegt ausschließlich im Interesse der Konzerne. Die CDU will die Steuern erhöhen und die „freie Marktwirtschaft“ der Großunternehmer weiter festigen. Sie will das System der Leitlinien verstärken und mehr noch als bisher die Lohnpolitik der Gewerkschaften den Wünschen der Unternehmer unterwerfen.

Folgt man den Worten Vetters, die Gewerkschaften würden die Parteien unterstützen, „wo sie den Interessen der Arbeitnehmer gerecht werden“, dann verdient eine Partei diese Unterstützung an erster Stelle: die DKP. Sie ist nun mal die einzige Partei in der Bundesrepublik, die sich ohne Vorbehalt, und nicht nur mit Worten, sondern in der Tat für die Forderungen der Gewerkschaften eingesetzt hat, deren Kandidaten zu 90 Prozent aus der Arbeiterschaft kommen und aktive Gewerkschafter sind.

Sie verlangt in ihrem Wahlprogramm die Ausweitung der Mitbestimmung, um die Macht der Konzerne zurückzudrängen und den Einfluß der Arbeiter und Angestellten in Wirtschaft und Gesellschaft zu verstärken. Sie setzt sich ein für Preis- und Mietstopp und spürbare Realloohnerhöhungen zur Festigung der Kaufkraft als Voraussetzung für die Sicherung des Lebensstandards der arbeitenden Menschen. Sie strebt ein soziales Steuersystem an, das die Bezieher geringer Einkommen schützt und die Millionäre stärker belastet. Schließlich fordert sie die radikale Senkung der Rüstungskosten zugunsten sozialer Investitionen.

Die DKP ist auch ohne Zweifel die Partei, die ihren Wahlkampf am entschiedensten gegen die Parteien der Konzerne, die CDU und CSU, führt. Sie ist überdies eine demokratische Partei, die das Wort Demokratie im Sinne von „Herrschaft des Volkes“ versteht.

Eine Bundestagsfraktion der DKP, und sei sie zahlenmäßig noch so bescheiden, wäre ganz gewiß eine Stärkung der Kräfte, die das Parlament als einen Hebel benutzen wollen, um eine Politik durchzusetzen, die sich an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes orientiert. Schweden, von vielen Sozialdemokraten als Vorbild gepriesen, gibt ein Beispiel: Hier regiert der Sozialdemokrat Olof Palme mit Unterstützung einer acht

# Kontra CDU-Wahldemagogie

## CDU/CSU irritiert die Wähler mit sozialem Getue Welche Konzernvertreter bestimmen? DKP-Alternativen

Das Präsidium der CDU will mit sogenannten Stabilitätsleitsätzen für Staat und Wirtschaft — beschlossen am 21. August 1972 — die Bevölkerung irreführen. In ihnen verspricht sie „Überwindung der inflationären Entwicklung und die Rückgewinnung der wirtschaftlichen Stabilität“. Im Vorfeld des Wahlkampfes versucht die Partei des Großkapitals, aus Preissteigerungen, Währungskrisen und zunehmender Gefährdung von Arbeitsplätzen Kapital zu schlagen. Sie folgt damit dem Vorbild der Nazis, die während der großen Wirtschaftskrise 1929/34 die Unsicherheit breiter Arbeitermassen und Mittelstandsschichten ausnutzten, um ihren Einfluß zu erweitern.

Finanz- und Wirtschaftskrisen, Verlust von Arbeitsplätzen durch Strukturveränderungen sind Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das heute zum Zwecke der Verschleierung als „freie Marktwirtschaft“ bezeichnet wird. Es war aber gerade die CDU, die im Auftrage der Großunternehmer mit Unterstützung der westlichen Besatzungsmächte dieses kapitalistische Profitsystem in zwanzigjähriger Regierungszeit wiederaufbaute. Gegen Ende der Regierungszeit der CDU/CSU mündete diese Entwicklung

### Abgeordneten starken Fraktion der Kommunisten.

Eine Wahl von Kommunisten darum abzulehnen, weil die DKP möglicherweise die undemokratische 5-Prozent-Hürde nicht überspringen kann, und zu sagen, daß darum eine Stimme für die DKP eine verlorene Stimme sei, ist ein oberflächliches Argument und falsch. Wer sich davon leiten läßt, macht genau das, was die zur Zeit im Bundestag sitzenden Parteien mit ihrer 5-Prozent-Klausel bezwecken wollen. Andererseits ist aber doch jene Stimme viel eher eine verlorene, die für eine Partei in die Wahlurne fällt, deren politische Praxis im absoluten Widerspruch zu ihren Wahlversprechungen steht.

Ob die CDU/CSU eine entscheidende Niederlage erfährt, hängt nicht allein davon ab, welche parlamentarischen Mehrheiten aus der Wahl entstehen und welche Regierung gebildet wird. Die Wahl eines besseren Bundestages ist das eine. Darum dürfen die Gewerkschafter nur solchen Bundestagsabgeordneten ihre Stimme geben, die in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie sich jederzeit für die Interessen der Gewerkschaften und des Volkes einsetzen. Ebenso wichtig wie die Wahlen ist die politische Aktivität der Gewerkschaften, sind die gemeinsamen Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Verwirklichung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Forderungen. Heinz Seeger

1966/67 in die bis dahin schwerste Wirtschaftskrise nach 1945.

Die CDU wettet heuchlerisch gegen die Preiserhöhungen, will aber keine Maßnahmen gegen das Preisdiktat der kapitalistischen Großunternehmen. Sie will noch mehr Steuern aus der Bevölkerung herauspressen und diese noch stärker als bisher für die Entwicklung der Wirtschaft — sprich Sicherung und Erhöhung der Profite — einsetzen. Sie gaukelt den Wählern vor, mit „Wettbewerb“, „mittelfristiger Finanzplanung“ und „Orientierungsdaten“ die Inflation stoppen zu können. In Wirklichkeit behalten die Großunternehmer freie Hand bei den Preisfestsetzungen. Der Preis- und Mietwucher wird also auch bei einer CDU-geführten Regierung weitergehen.

Der CDU-Vorsitzende und „Kanzleranwärter“ Barzel „beschwert“ sich, daß die CDU von der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten als Unternehmepartei abgelehnt wird. Der reale Inhalt der Politik der CDU aber, so wie er in den „Leitsätzen...“ zum Ausdruck kommt, beweist, die CDU ist das, was sie seit ihrer Gründung war, die führende Partei des Großkapitals. Ihr Charakter kommt auch in der personellen Verflechtung mit dem Großkapital zum Ausdruck. Hier sei nur einiges dazu ausgeführt:

Zu der CDU-Fraktion gehören 14 Konzernmanager: Dr. Kurt Birrenbach, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Thyssen-Vermögensverwaltung; Dr. Philipp von Bismarck, Mitglied des Vorstandes der Kali-Chemie AG; Erik Blumenfeld, Besitzer der Fa. Blumenfeld und Co., Vorsitzender des Aufsichtsrates der Norddeutschen Kohle und Koks AG; Dr. Fritz Burgbacher, Rembert van Delden, Dr. Udo Giuliani, Walter Leisler-Kiep, Dr. Gisbert Kley, Dr. Walter Löhr, Dr. Erich Mende, Karl-Heinz Spiller, Gerd Springorum, Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, Dr. Otto Wulf — alles Manager großer Wirtschaftsunternehmen. Dazu sind noch vier Großunternehmer in der CDU-Fraktion vertreten: Becker, Mönchengladbach, Alphons Horten, Bonn—Duisdorf, Elmar Pieroth, Burg Layen; Dr. Hermann

Schwörer, Sigmaringen. Weiter sind drei Großgrundbesitzer in der Fraktion dieser „Volkspartei“, Aduard Adorno, Odal von Alten-Nordheim, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein. In diesen Kreis hoher Herrschaften fügen sich noch acht Geschäftsführer von Unternehmerverbänden ein: H. Dichgans, Dr. F. W. Freiwald, Eberhard Pohlmann, Dr. Karl Schmidt-Burgk, H. Schneider, G. Stein, Dr. H. J. Unland, Dr. Warnke.

Wenn solche Personen von Stabilität und Sicherheit reden, wollen sie die Profite der Millionäre sichern. Ihre Freiheit ist die Freiheit für Preiswucherer, Boden- und Währungsspekulanten. Die Führung der SPD, die Minister in der Brandt/Scheel-Regierung, haben zur CDU-Wirtschaftspolitik kein Gegenprogramm. Kanzler Brandt biedert sich bei den Unternehmern an. Er verspricht ihnen am 22. August in Bonn Schutz und Förderung ihres Eigentums.

Bei dieser Lage kommt den Gewerkschaften eine große eigenständige Bedeutung zu. Betrachtet man die Politik der einzelnen Parteien, so ist offensichtlich, daß die Gewerkschaften in der DKP eine starke Hilfe haben, die gegen das CDU-Unternehmerprogramm und die unternehmerfreundliche SPD-Regierungspolitik fordert:

Sofortigen Preis- und Mietstopp; Senkung der unproduktiven hohen Rüstungskosten um jährlich 15 Prozent; Aufhebung der bereits durchgeführten und der noch geplanten Belastungen der arbeitenden Bevölkerung im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung; Durchführung einer Steuerreform; Einstellung der direkten und indirekten Unterstützung der Bundesrepublik für den amerikanischen Krieg gegen die Völker Indochinas und die Lösung der Bindungen an den kriegskranken Dollar; Bestrafung der einheimischen und internationalen Währungsschleiber und Einziehung aller Spekulationsgewinne; Verbot von Massenentlassungen und anderen, vom Profit diktierten Willkürentscheidungen weniger Konzernherren über das Schicksal Tausender Arbeiter und Angestellten; Durchsetzung von spürbaren Reallöhnen zur Stärkung des inneren Marktes als Voraussetzung einer gleichmäßigeren Wirtschaftsentwicklung.

Das erfordert den Austritt der Gewerkschaften aus der konzertierten Aktion und die Absage an Lohnleitlinien und Orientierungsdaten. Das sind Forderungen, die auch in den Gewerkschaften vertreten werden. Die Gewerkschafter sollten angesichts der Wahlversprechungen, die jetzt von der CDU/CSU, der FDP und auch der SPD gemacht werden, beherzigen, was Heinz Oskar Vetter richtig sagte, daß die Gewerkschaften ihr Verhältnis zu den Parteien davon abhängig machen wollen, wie diese zu den Forderungen der Gewerkschaften stehen.

jol

# Napalmrekord Mindestforderung: 12 Prozent

Bei Andruck dieser Ausgabe erreichte uns die Nachricht von dem brutalen Mordanschlag der Palästinenser gegen israelische Sportler in München. So verabscheuungswürdig dieses Verbrechen ist, es sollte niemanden dazu verleiten, die Augen vor jenen Verbrechen zu verschließen, an die wir durch jahrelange verantwortungslose Berichterstattung der Meinungsmedien bereits gewöhnt wurden: die täglichen US-Massaker in Vietnam.

**In München kletterten die Weltrekorde und in Vietnam fielen die Bomben der USA.** 5000 Demonstranten, die am Eröffnungstag der Olympischen Spiele vor dem Olympiagelände und im Zentrum Münchens gegen den Völkermord der USA in Vietnam protestierten, sorgten dafür, daß diese grausame Tatsache nicht vor der aufwendigen Fassade Olympias in Vergessenheit geriet.

Seit Jahren regnet Napalm und fallen Bomben auf Männer, Frauen und Kinder herab, werden systematisch Industrieanlagen, Straßen, Eisenbahnen, Brücken, Krankenhäuser und Schulen zerstört. Die Welt ist empört über die Bombardierung von Deichen, die weite Strecken fruchtbaren Landes unter Wasser zu setzen drohen und viele tausend Menschen in die Gefahr bringen, zu ertrinken. Nach dem Sinn des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses begehrt die US-Regierung, wie der ehemalige amerikanische Hauptankläger Prof. Taylor erklärte, in Indochina Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik darf der Bundesregierung nicht länger erlauben, die amerikanischen Kriegsverbrecher moralisch und materiell zu unterstützen. Im Gegensatz zu fast allen anderen westlichen Regierungen hat sie kein Wort der Kritik gegenüber ihrem NATO-Partner Amerika gefunden. Dabei sollte der Bundeskanzler Willy Brandt als Friedensnobelpreisträger in besonderer Weise verpflichtet sein, mit Nachdruck auf den amerikanischen Präsidenten einzuwirken, den schmutzigen Krieg in Vietnam zu beenden.

Während der Olympiade in München berichtet die bürgerliche Presse täglich über fröhliche Wettkämpfe der Jugend und widmete dem „olympischen Geist“ viele Seiten. Täglich aber standen in den Zeitungen auch Berichte über den Krieg in Vietnam, über das Sterben der vietnamesischen Jugend im Bombenhagel der US-Agressoren. Keine Zeitung jedoch wagte die Frage zu stellen, ob die USA noch das moralische Recht haben, an olympischen Spielen teilzunehmen, solange sie in Vietnam die olympische Idee, die Idee des Friedens und der Freundschaft unter den Völkern zynisch und skrupellos mißachten. sr

## Eisen- und Stahlarbeiter vor hartem Lohnkampf Gemeinsames Handeln sichert den Erfolg

Am 30. November laufen die Lohn- und Gehaltstarife in der Eisen- und Stahlindustrie mit einmonatiger Kündigungsfrist für das zuständige Tarifgebiet in Nordrhein-Westfalen aus. Erstmöglicher Kündigungstermin ist der 30. November.

Die Zielprojektion des DGB sieht für 1972 eine vierprozentige Reallohn-erhöhung vor. Für die kommende Lohnrunde 1972/73 besteht aber ein realer Nachholbedarf. In den Gewerkschaftsgremien, besonders in den Vertrauensleutkörpern, setzt sich die Auffassung durch, daß es für die Lohnrunde 1972/73 unerlässlich ist, die wirtschaftliche Entwicklung seit 1967, mit ihrer 1968 bis 1970 einsetzenden rasanten Aufschwungphase und ihrer Gewinnexplosion für die Unternehmer bei gleichzeitiger Verringerung des Lohnkostenanteils am Umsatz und der Gesamtproduktion bei der Festsetzung der Lohnforderungen zu beachten.

Die Preissteigerungen der letzten Zeit und die bereits angekündigten Erhöhungen der Preise für Mieten, Kraftstoffe, Lebensmittel, öffentliche Verkehrsmittel und vieles andere mehr senken den Lebensstandard immer mehr. Die Krankenkassenbeiträge sowie die Rentenversicherungsbeiträge werden erhöht. Die Mehrwertsteuer soll von 11 auf 12 Prozent steigen. Außerdem verzehrt die Lohnsteuerverprogression (erhöhte Abzüge) einen Teil der Lohnerhöhungen. Das alles bei enormer Leistungssteigerung zum Beispiel durch eine rigorose Unterbesetzung von Soll-Belegschaften bei erhöhtem Produktionsausstoß.

Diese Situation ist auch die Ursache für die jüngsten betrieblichen Streiks mit Teilerfolgen bei Krupp-Rhein Stahl, Krupp in Bochum und in weiteren Betrieben.

Nun gilt es, die Forderungen für die kommende Lohnrunde aufzustellen. Jedoch schon bei einer 4prozentigen Reallohnverbesserung müßte die nominelle Lohnerhöhung wesentlich darüber liegen. Geht man von einer rund 6prozentigen Preissteigerung aus, die mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer noch darüber liegen dürfte, und stellt man eine Erhöhung der Beiträge für die Rentenversicherung ab 1. Januar 1973 und die angekündigte Heraufsetzung der Krankenkassenbeiträge von rund 1 Prozent, sowie eine höhere Lohnsteuerbelastung von ebenfalls 1 bis 2 Prozent in Rechnung, so ergibt das schon eine Lohnsteigerung von 12 bis 13 Prozent. Obwohl zur Durchsetzung einer aktiven Lohn- und Gehaltspolitik, die einen höheren Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt sichern soll, eine Lohnerhöhung von etwa 15 bis 18 Prozent erforderlich wäre, bedarf schon die

Durchsetzung einer 12prozentigen Lohnforderung des Einsatzes der gesamten gewerkschaftlichen Kraft.

Aufzustellende Forderungen sollten in gleicher Relation sowohl für die Arbeiter, Angestellten und Auszubildenden gelten; denn sie bilden eine geschlossenen gewerkschaftliche Einheit im Kampf gegen die Unternehmer.

Obwohl es eine immer wiederkehrende Praxis der Unternehmer ist, vor und während der Lohnrunde eine für sie „ruinierende Wirtschaftsmisere“ in die Wand zu malen, dürften folgende Zahlen interessieren: Die produktionstägliche Rohstahlerzeugung in der Stahlindustrie stieg von Januar bis Mai 1972 von 111 600 Tonnen auf 128 600 Tonnen, das ist eine Steigerung um 15 Prozent. Der Kapazitätsüberhang bei der Rohstahlerzeugung betrug in diesem Jahr in der Bundesrepublik laut „Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft“, 3/72, 17,3 Millionen Tonnen gegenüber nur fünf Millionen Tonnen 1969 und acht Millionen Tonnen 1970. Nichtgenutzte Kapazitäten in dieser enormen Höhe mit teuersten Aggregaten; aber sind Fehlplanungen des Unternehmers und müssen zu Lasten ihrer ohnehin noch hohen Gewinne gehen.

Die Arbeitgeberverbände aber lassen unmißverständlich wissen, daß die Löhne noch weiter unter Druck gesetzt werden sollen. Im Herbst dieses Jahres müsse der Prozeß der „Dämpfung“ der Lohnkosten noch spürbar verstärkt werden. Die Folge davon ist, daß der Lohnkampf an Härte zunehmen wird.

Die Stahlarbeiter werden sich auch an dem orientieren können, was der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, auf dem außerordentlichen Kongreß seiner Gewerkschaft in Nürnberg sagte:

„Unsere aktive Lohn- und Gehaltspolitik ist darauf ausgerichtet, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu erhöhen, d.h. die Gewinnspanne der Unternehmer zu verringern. So wollen wir es auch in Zukunft halten. Wir wissen, welcher Anstrengungen es dazu bedarf, und wir wissen auch, daß die tarifpolitische Auseinandersetzung in Zukunft noch härter wird, wenn wir an diesem Ziel festhalten... Wenn wir in diesem Jahr nicht nur die materielle Lebenslage der Arbeitnehmer absti-

# Nächste Lohnrunde vorbereiten

## DGB-Zielprojektion erfordert 12 Prozent mehr Lohn ÖTV: Nur durch Einsatzwillen Erfolg im Tarifkampf

Die nächste Lohnrunde, die mit dem Auslaufen der Tarifverträge in der metallverarbeitenden Industrie und im Öffentlichen Dienst ihren ersten Höhepunkt findet, kommt in raschem Tempo auf die Gewerkschaften zu. Es ist jetzt notwendig, soll sie für die Arbeiter und Angestellten erfolgreich sein, mit ihrer gründlichen Vorbereitung zu beginnen.

Die Unternehmer haben ihrerseits schon intensiv mit der Vorbereitung der neuen Tarifrunde begonnen. Sie unternehmen alles, um die Lohnerhöhungen in dem für sie günstigsten Rahmen zu halten. Gesamtmetall hat bereits angekündigt, daß wieder, wie im Vorjahr, eine zentrale Verhandlungskommission alle Verhandlungen führen wird. Schon jetzt wird durch die von den Unternehmern beherrschten Publikationsinstrumente ein massiver Druck auf die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ausgeübt. Sie versuchen schon jetzt, sich die Unterstützung der Bundesregierung zu sichern.

In einem gemeinsamen Gespräch, das zwischen Bundeskanzler Brandt, einigen Bundesministern und den Spitzen der Unternehmerverbände stattfand, waren sich alle Beteiligten einig, „daß die bevorstehende Tarifrunde in der Metallindustrie im Herbst eine Signalfunktion für die weitere Konjunktur- und Stabilitätspolitik haben werde“. (Handelsblatt vom 24. August 1972.)

Wenn Unternehmerverbände und Regierung sich in der Beurteilung einig waren, so kann angesichts der bekannten Haltung der Unternehmer angenommen werden, daß die Bundesregierung ihren politischen Einfluß nutzen wird, um die Gewerkschaften

chern wollen, sondern auch die in der Zielprojektion des DGB genannte vierprozentige Erhöhung der Realeinkommen erreichen wollen, bedarf es größter Anstrengungen der Organisation und die rechtzeitige Vorbereitung der Mitgliedschaft für die Auseinandersetzung mit den Unternehmern.“

Der Abschluß eines neuen positiven Lohn- und Gehaltsabkommens wird nicht nur für die Stahlarbeiter selbst von großer Bedeutung sein, sondern er wird gleichzeitig für die Arbeiter und Angestellten des größten Wirtschaftszweiges, der Metallverarbeitung, (Laufdauer des Lohnabkommens bis zum 31. Dezember 1972) und für alle anderen Wirtschaftszweige mit Millionen Beschäftigten maßgebende Richtwerte für das Tarifjahr 1973 setzen. Heinrich Bramkamp

zu hindern, mögliche Lohnerhöhungen durchzusetzen. Eine besondere Rolle kommt der SPD-Führung zu, die sich in einem Brief ihres Schatzmeisters Nau an die Unternehmer damit rühmt, daß es ihr gelungen sei, die Gewerkschaften zu einer zurückhaltenden Lohnpolitik zu bewegen.

Für die Gewerkschaften gibt es nicht den geringsten Grund, in der Lohnpolitik kurzzutreten. Es ist festzustellen, daß in mehreren Wirtschaftsbezirken und Regionen in diesem Jahr keine Reallohnsteigerungen mehr eingetreten sind. Der Reallohn stagniert oder ist sogar rückläufig. Nach Ermittlungen des statistischen Landesamtes in Hamburg, dem Land, das seit Jahren an der Spitze der Lohnskala in der Bundesrepublik liegt, sind die durchschnittlichen Wochenverdienste aller Industriearbeiter von April 1971 bis April 1972 nur noch um 4 Prozent gestiegen. Da allein der Steigerungssatz der Preise bei 5,6 Prozent liegt, hat sich der Reallohn in Hamburg nicht unerheblich verschlechtert.

Für die Mobilisierung der Gewerkschafter wird es von Bedeutung sein, das Argument von der angeblichen Lohn-Preis-Spirale in seinen verschiedenen Formen zu widerlegen. Jeder dürfte sich noch daran erinnern, daß die Unternehmer im vorigen Jahr versprochen, bei Lohnerhöhungen, die sich im Rahmen von der Regierung verkündeten Lohnleitlinien bewegten, werde die inflationäre Tendenz verlangsamt oder gar gestoppt. Nun haben die meisten Gewerkschaften Tarife abgeschlossen, deren Steigerungsbeträge sich in dem von der Regierung gesetzten Rahmen bewegten, aber von einer Beruhigung der Preise kann keine Rede sein.

Die Regierung macht auch schon gar nicht mehr den Versuch, Preisstabilität zu versprechen. Der neue Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schmidt erklärte, daß in naher Zukunft, und diese schließt bei ihm das Jahr 1973 ein, keine reale Chance bestehe, von dem derzeitigen Preissockel herunterzukommen.

Die Gewerkschaften haben dies bei ihrer Lohnpolitik zu berücksichtigen. Wir haben in NACHRICHTEN 7/72 nachgewiesen, daß eine mindestens zwölfprozentige Erhöhung der Tarif-

löhne und -gehälter erforderlich ist, um der Forderung der DGB-Zielprojektion zu entsprechen, die eine vierprozentige Realloohnerhöhung für 1972 vorsah.

Im Juli haben sich die Preise erneut erhöht. Die Jahresrate liegt jetzt wieder bei 5,6 Prozent. Die Bundesanstalt für Arbeit will die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung erneut erhöhen, und zwar von 1,7 auf 2 Prozent. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schmidt kündigte eine Erhöhung der Steuern an, vor allem der Mehrwertsteuer, die die breite Masse besonders belastet.

Eine Arbeitsgruppe des Bezirksverbandes Hessen der Gewerkschaft ÖTV hat zur Vorbereitung der Tarifrunde 1972/73 ein in vielerlei Hinsicht bemerkenswertes Arbeitspapier zur Diskussion gestellt: „Ausgangspunkt der Berechnung unserer Forderungshöhe muß die Steigerung der Lebenshaltungskosten im November 1972 plus 2-3 Prozent Erhöhung des Brutto-sozialproduktes sein. Dieser Ausgangsposition sind noch einmal mindestens 3 Prozent als weitere Lohnsteigerung hinzuzuschlagen“, die sich aus dem Nachholbedarf des öffentlichen Dienstes ergeben. Das bedeutet eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 10,6 bis 11,6 Prozent.

Wenngleich die Ausgangsposition weit unter der DGB-Zielprojektion liegt, bewegt sich die in Aussicht genommene Tarifloohnerhöhung in der Nähe der Forderung, die sich aus der DGB-Zielprojektion ableiten läßt (12 Prozent). Es entspricht den Prinzipien einer aktiven Lohnpolitik, wenn in dem Arbeitspapier die Forderung erhoben wird, die Mitgliedschaft rechtzeitig und umfassend in die Lohnbewegung einzubeziehen. Es wird mit Recht darauf verwiesen, „daß ein zufriedenstellendes Ergebnis nur dann erreicht werden kann, wenn innerhalb der Gesamtorganisation sowohl die gemeinsame Solidarität wie auch der Einsatzwillen vorhanden ist“.

Die Arbeitsgruppe vertritt desweiteren die Auffassung, „daß letztlich alle Tarifforderungen auch dazu dienen müssen, Gesellschaftsveränderungen zumindest einzuleiten“. Die Hauptschwäche des Papiers besteht vor allem darin, daß zur Finanzierung der Lohnforderungen im öffentlichen Dienst einer wachsenden Staatsverschuldung das Wort geredet wird, während die Senkung der Rüstungsausgaben oder aber eine stärkere steuerliche Belastung der Großunternehmen nicht in Erwägung gezogen wird.

Bevor zum Jahresende die Tarifverträge in der metallverarbeitenden Industrie und im öffentlichen Dienst auslaufen, besteht schon zuvor die Möglichkeit, durch einen guten Abschluß in der eisen-schaffenden Industrie (siehe auch Seite 4) eine Zielmarke für andere Tarifbereiche zu schaffen.

Heinz Schäfer

# Konzernbilanzen entschleiern

## Ein nützliches Mittel in der Tariffbewegung Bei „Pfaff“ Profit zehnmal höher als offiziell

Viele Konzerne haben in den letzten Wochen ihre Jahresabschlüsse für das Jahr 1971 veröffentlicht. Unter Schlagzeilen wie: „Unbefriedigendes Geschäftsergebnis“, „Kostenexplosion schwächt Ertragslage“ oder „angespannte Finanzlage“ werden die Handelsbilanzen in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse besprochen — ganz im Sinne der Konzernherren.

Die Großaktionäre und Manager verstehen natürlich sehr gut, hinter die Kulissen der manipulierten Bilanzen zu schauen und die echte Finanzkraft der Unternehmen einzuschätzen. Die Masse der Leser, vor allem Arbeiter und Angestellte, sollen jedoch mit Hilfe solcher pessimistischer Darstellungen auf Preiserhöhungen vorbereitet und von Lohnforderungen abgeschreckt werden.

Gerade im Hinblick auf die bevorstehende Lohnrunde im Herbst 1972 gewinnt die kritische Durchleuchtung der Bilanzen besondere Bedeutung. Das vom NACHRICHTEN-Verlag her-

(Konzernbilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für 1972 Pfaff-Inland) eine Gesamtleistung (Umsatzerlöse minus Umsatzsteuer plus Eigenleistung minus Bestandsveränderungen) in Höhe von 263,6 Millionen DM aus. Unter Berücksichtigung der realen Produktionskosten (Materialeinsatz, reale Abschreibungen und anrechenbare Personalkosten) in Höhe von rund 202,9 Millionen DM verbleibt ein Nettoprofit in Höhe von 60,6 Millionen DM. Nach Hinzurechnung der Erträge aus Beteiligungen, Zinsen und sonstigen Erträgen von insgesamt 8,2 Millionen DM ergibt sich ein Gesamtprofit von rund 68,8 Millionen DM für das Jahr 1971. Demgegenüber beträgt der in der Bilanz veröffentlichte „Reingewinn“ nur 6,4 Millionen DM.

Setzt man diesen Gesamtprofit ins Verhältnis zu den aufgewendeten Löhnen und Gehältern in Höhe von rund 115,2 Millionen DM, ergibt sich eine Mehrwertrate von 52,7 Prozent für das Berichtsjahr. Das bedeutet, daß jeder Beschäftigte der Pfaff AG bei einem achtstündigen Arbeitstag nur etwas länger als 5 Stunden für sich arbeitet, während er knapp 3 Stunden für den Profit der Aktionäre tätig war.

Die Pfaff AG hat im Jahre 1971 einen Gesamtprofit in Höhe von fast 69 Millionen DM erzielt, wobei die Aufwendungen für Löhne und Gehälter um rund 10 Millionen DM geringer waren als im Jahr zuvor. Die Bilanz 1971 zeigt, daß der Konzern trotz leicht rückläufiger Umsätze ein gut fundiertes Unternehmen ist. Aufgrund der Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten war es auch im vergangenen Jahr in der Lage, neben der Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen und der Verkaufsorganisation erhebliche Rücklagen zu bilden.

Nachdem der Vorstandsvorsitzende der Pfaff AG, Kieffer, selbst bei der Erläuterung des Jahresabschlusses 1971 eine günstigere Prognose der Umsatz- und Ertragsentwicklung für 1972 stellte und unter Berücksichtigung der in den vergangenen Jahren erzielten Profite, kann es keinen Zweifel geben, daß das Unternehmen in der Lage sein wird, die Forderungen der Arbeiter und Angestellten in der Lohnrunde 1972 voll zu erfüllen.

K. M.

## Im ersten Halbjahr nur knapp 7 Prozent

Nach einer Veröffentlichung des DGB hat die Steigerung der Tariflöhne und -gehälter im Monat Juli 1972 im Durchschnitt nur 7,1 Prozent für rund 250 000 Beschäftigte betragen. Zusammen mit erst 1973 wirksam werdenden Stufen betrug sie 7,3 Prozent.

Nach der DGB-Mitteilung machte die Erhöhung der tariflichen Löhne und Gehälter im ersten Halbjahr im Durchschnitt nur 6,8 Prozent aus, einschließlich der Stufen 7 Prozent. Die Tarifanhebungen wurden für insgesamt 8 572 000 Beschäftigte wirksam.

Infolge einer gleichzeitigen Steigerung der Lebenshaltungskosten um annähernd 6 Prozent und progressiv gestiegener Lohnsteuern ist bei diesem minimalen Ansteigen der Tariflöhne für einen großen Teil der Betroffenen ein Absinken der realen Kaufkraft ihrer Löhne und Gehälter gegenüber dem Vorjahr dabei herausgekommen.

## Beraterverträge

*Was die Einkommen der Bundestagsabgeordneten angeht, so sind sie nicht gerade schlecht. Die Grunddiäten betragen 3090 DM, und zwar steuerfrei. Ein Steuerzahler müßte mindestens 4000 DM verdienen, wenn er als Familienvater mit zwei Kindern dieselbe Summe erreichen wollte. Dazu kommen aber noch 1000 DM für Tagegeld, 1200 DM für die Unterhaltung eines Büros und 900 DM für Reisekosten. Bis zu 2030 DM darf ein Abgeordneter beanspruchen, wenn er eine Sekretärin oder einen Assistenten beschäftigt.*

*Scheidet er aus dem Bundestag aus, bezieht er ein sogenanntes Übergangsgeld, das nach einem Jahr Parlamentszugehörigkeit 9270 DM im Jahr ausmacht und jedes weitere Jahr um 3090 DM wächst.*

*Und schließlich hat ein Abgeordneter, der mindestens siebeneinhalb Jahre im Parlament gesessen hat, Anspruch auf eine Rente in Höhe von 1040 DM pro Monat vom 65. Lebensjahr ab. Dafür werden ihm im Monat 772 DM für die Altersversorgung abgezogen; aber als diese Abgeordnetenpension beschlossen wurde, wurden die Diäten auch um diesen Betrag erhöht. Diese Rente wird also praktisch aus Steuermitteln finanziert und ist auf andere Rentenbezüge des Abgeordneten nicht anrechenbar.*

*Wer will nun den Bundestagsabgeordneten böse sein, wenn sie sich bei diesen bescheidenen Einkommen durch einen „Beratervertrag“ ein bißchen Taschengeld hinzuverdienen wollen? Zeit zu „Beratungen“ scheinen die Abgeordneten ja ausreichend zu haben.*

okolus

## „Entschleierte Profite“

Eine konkrete Anleitung für Arbeiter und Angestellte zur Ermittlung der Profite von Aktiengesellschaften nach der veröffentlichten Bilanz vermittelt das Buch:

**Dieter Schmidt, Entschleierte Profite — Bilanzlesen leichtgemacht, 160 Seiten, 5 Formblätter, glanzkartoniert, Preis 8,— DM.**

Dieses Buch gehört zu den Verkaufschlagern des NACHRICHTEN-Verlages. Es ist zu beziehen über den Buchhandel oder direkt bei:

NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,  
6 Frankfurt/M., Postfach 180 372,  
Glauburgstr. 66, Tel.: (06 11) 59 97 91.

ausgegebene Buch „Entschleierte Profite — Bilanzlesen leichtgemacht“ vermittelt dafür die entsprechenden Kenntnisse. Der Autor dieses Buches, Dieter Schmidt vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), hat nach der von ihm entwickelten Methode die Bilanz des Pfaff-Konzerns, des größten Herstellers von Nähmaschinen in der Bundesrepublik, durchgearbeitet und kam zu folgendem Ergebnis:

Das Unternehmen weist in der veröffentlichten Bilanz für das Jahr 1971

# Kampforganisation der Bosse

## Vereinigung der Herren von Industrie und Banken Unternehmer-Kampforganisation in Hessen gegründet

Die Unternehmer rüsten zum Großangriff auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten. In Hessen gründeten sie Mitte August eine Vereinigung Hessischer Industrieller e. V., die sich die spezielle Aufgabe stellt, Kampfverband gegen die Arbeiter und ihre Organisationen zu sein.

In diesem Gremium ist alles vertreten, was in diesen Kreisen Rang und Namen hat und natürlich über die entsprechende wirtschaftliche Macht verfügt. Zum Präsidenten wählen die Industriebosse Dr. von Winckler, Vorstandsvorsitzender der zum Flick-Imperium gehörenden Buderus'schen Eisenwerke in Wetzlar. Stellvertreter der Vorsitzender wurde Rudolf Thiels von der Roland-Offsetmaschinenfabrik Faber & Schleichner in Offenbach, der auch die „Rezepte“ entwickelte, mit denen man seiner Meinung nach die Arbeiter und Angestellten am besten zum Kuschen bringt.

Und weil in solch einer illustren Gesellschaft auch die Bankherren nicht fehlen dürfen, befindet sich auf der 60 Namen umfassenden Mitgliederliste auch der Vertreter des Vorstandes der Deutschen Bank, Plesser. Im übrigen dürfen laut Satzung diesem erlauchten Gremium „nur Inhaber, Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer von Industriefirmen angehören“.

Auf folgende Methoden zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung einigten sich die Industrie- und Bankbosse auf ihrer letzten Zusammenkunft im Klubhaus für Handel und Industrie in der Frankfurter Siesmayerstraße:

■ Im Falle von Streiks der Arbeiter und Angestellten um höhere Löhne, mehr Arbeiterrechte und gegen Unternehmervillkür wollen sie den kämpfenden Belegschaftsmitgliedern Einschreibebriefe mit Entlassungsdrohungen in die Wohnungen schicken. Um die psychologische Wirkung zu erhöhen, soll das freitags geschehen, „damit über das Wochenende in den Familien reichlich diskutiert werden kann“. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Frauen mit dem Geld rechnen müssen, hoffen sie, durch die Drohung mit Entlassung diese zu beeinflussen, damit sie auf ihre Männer einwirken, um so die Streikfront schwächen zu können.

■ Gelegentlich wollen sie auch den Betriebsräten kleine Zugeständnisse machen, um dadurch zum Beispiel Streiks gegen die Reduzierung „über-tariflicher Leistungen“ zu verhindern.

■ Besonders scharf aber wollen sie gegen Gewerkschafter und Jusos vorgehen, die, wie es zahlreiche gewerkschaftliche Beschlüsse fordern, „die Aufhebung der Verfügungsgewalt der

Kapitaleigner und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien anstreben“.

■ Ein weiteres Mittel seien gezielte Produktionseinschränkungen und Kurzarbeit sowie das Fotografieren von Flugblattverteilern und gesteuerte Diskussionen. Als besonders probates Mittel wird auch die Fälschung von DKP-Betriebszeitungen empfohlen, um Belegschaften zu verunsichern.

Aufgeschreckt von Aktivitäten der Arbeiter, die sich immer mehr gegen die Willkür der Unternehmer auflehnen, erklärte Winckler, „daß die Situation, in der wir stehen, sich doch sehr vergleichen läßt mit dem berühmten Wort von den fünf Minuten vor zwölf. Vielleicht ist es hier sogar eine Minute vor zwölf“. . . „Wenn Sie wirklich sehen, wie sehr die andere Seite, und ich meine damit nicht nur linksradikale Gruppen, sondern auch beispielsweise Organisationen wie die Gewerkschaften, sich hier mit Tatkraft und Gründlichkeit bemüht, ihre Aktivisten zu schulen im Einsatz gegen uns, so glaube ich, daß auch daraus die Notwendigkeit entsteht, uns mit ähnlichen Methoden mit dem Thema zu beschäftigen und der Aktivität der Kräfte, die sich gegen uns richten, unsere eigene Aktivität entgegenzusetzen.“

Auf ihrer Sitzung wetteten die Bosse auch gegen bestimmte Fernsehsendungen wie das Fernsehspiel „Rote Fahnen sieht man besser“, das die Stilllegung des Krefelder Betriebes der Phrix AG dokumentarisch behandelte: „All das, was sich in der Öffentlichkeit, in der Presse, im Fernsehen in dieser Richtung abspielt, scheint mir doch entscheidend auch dafür sein zu müssen, was wir gegen diese Angriffe tun“, so Winckler.

Fürs erste wollen sie versuchen, sich ein neues Image zu verschaffen. Sie, die Millionenprofiteure aus der Leistung der Arbeiter ziehen, wollen nicht mehr Ausbeuter genannt, sondern als Menschenfreunde hingestellt werden. Zu diesem Zweck will die Vereinigung Hessischer Industrieller ihre Tätigkeit weiter ausdehnen. Entsprechende Gespräche wurden bereits mit dem Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Otto A. Friedrich, geführt. Flickboß Winckler hofft, „daß unser hessisches Beispiel ansteckend wirkt“.

Für die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften kommt es jetzt mehr denn je darauf an, dem konzentrierten Angriff der Unternehmer ihre ganze Kraft und Solidarität entgegenzusetzen. G. M.

## Bemberg-Schließung nicht notwendig

Die Weiterführung des zum Enka-Glanzstoffkonzern gehörenden Wuppertaler Bemberg-Werkes haben Betriebsrat und die IG Chemie gefordert. Auf einer Ende August stattgefundenen Pressekonferenz verlangten Betriebsrat und Sprecher der Gewerkschaft vom Vorstand des deutsch-niederländischen Akzo-Enka-Glanzstoffkonzerns, durch die Senkung der Profitraten und eine Neuorganisation der Produktion den Fortbestand des Werkes zu sichern.

Der internationale Kunstfaserkonzern will im Zuge rücksichtsloser Rationalisierungsmaßnahmen in vier westeuropäischen Ländern Werke mit mehr als 5500 Arbeitsplätzen schließen. Eines davon ist der Wuppertaler Bemberg-Betrieb. Hier sollen 2000 Arbeiter und Angestellte auf die Straße geworfen werden.

Vertreter der Chemie-Gewerkschaften aus der Bundesrepublik, Belgien und den Niederlanden haben dem Konzern bereits eine „internationale Konfrontation“ durch die solidarisch handelnden Chemiearbeiter dieser drei Länder angekündigt. Bezirksleiter Kretschmer erklärte, Streiks auf internationaler Ebene würden nicht auf den Chemie-Sektor beschränkt bleiben. „Die Solidarität aller Arbeitnehmer ist da.“

## Streikerfolg bei Klöckner

Seit 1970 warteten die Kranführer in der Bremer Hütte der Klöckner-Werke AG auf eine Neuordnung ihres Lohnrahmenabkommens. Bisher aber hatte sich der Arbeitgeberverband bei Verhandlungen mit der IG Metall hartnäckig geweigert, die Forderungen der Kranführer zu akzeptieren. Nachdem nun auch die letzten Einigungsversuche der paritätischen Lohnkommission gescheitert waren, legten 213 Kranführer Ende August ihre Arbeit nieder.

Die Betriebsleitung der Bremer Hütte kündigte, um den Streik abzuwürgen, 113 Kranführern fristlos. Der Betriebsrat hat aber die fristlose Kündigung zurückgewiesen und die Firmenleitung mußte sich nach längeren Verhandlungen in der paritätischen Lohnkommission zur Anerkennung der Forderungen der Kranführer bereiterklären. Die Lohnerhöhung, die die Kranführer durch ihre Entschlossenheit erreicht haben, beträgt 17 bis 19,2 Pfennig die Stunde.

# Rheinstahl - reif für Enteignung

## Hanomag-Belegschaft soll Profitinteressen geopfert werden Reportage: Kampf gegen Konzernmacht, für Mitbestimmung

Hanomag — und kein Ende? Wieder sollen Bertiebstelle geschlossen werden. Die Geschäftsführung dieses hannoverschen Rheinstahl-Unternehmens hat jetzt beim Arbeitsamt Massenentlassungen beantragt. Bis zum Oktober dieses Jahres soll das Hammerwerk stillgelegt werden. Rund 750 Beschäftigte sind davon betroffen, werden wegrationalisiert. Der vom Konzernvorstand aus Profitgründen beschlossene Schrumpfungsprozeß wird weiter vorangetrieben. Hammerwerk, Gießerei und Motorenfertigung — sie leben mit etwa 1500 Mann auf der „Abschlußliste“ der Rheinstahl-Aktionäre. Seit Jahren schon wird bei Hanomag „gesundgeschrumpft“. In einer Reihe von Protestaktionen — zuletzt im Juni — haben die Hanomag-Arbeiter die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam gemacht. Jetzt will Konzernchef Schmücker (CDU) offenbar das Ende erzwingen.

Der Schließung des Hammerwerkes im Oktober soll im Frühjahr 1973 die Stilllegung der Gießerei und des Motorenwerkes folgen. Hanomag soll nach dem Willen der Konzernleitung (maßgeblicher Einfluß: Deutsche Bank) künftig nur noch Baumaschinen produzieren. Einer der größten Metallbetriebe Hannovers, der Anfang 1971 noch 6900 Arbeiter und Angestellte beschäftigte, wird nach Abschluß dieser Entwicklung nur noch etwa 3000 Belegschaftsangehörige haben.

In einem Gespräch mit dem Verfasser dieser Zeilen äußerten Mitglieder des Hanomag-Betriebsrates die Befürchtung, daß das Unternehmen nach all den Amputationen mit nur einem „Standbein“ noch krisenanfälliger werde und eines Tages gänzlich schließen müsse.

Die systematische Zerstückelung und Auszehrung von Hanomag durch die Wirtschaftspolitik der Konzernspitze, die nicht die soziale Sicherheit der Menschen, sondern die Sicherung vom Höchstprofit für die Aktionäre zum Inhalt hat, begann mit dem Verkauf der Lkw-Werke in Bremen und Harburg am 1. April 1969 an Daimler-Benz (Flick-Konzern). Zwei Jahre später wurde der Ackerschlepperbau, die zweite tragende Säule von Hanomag, eingestellt. Mit dem letzten produzierten Schlepper verließ ein von den Arbeitern der Abteilung gezimmerter Sarg die Halle.

### Flick geht Hanomag an die Gurgel

Bei Verkauf der Lkw-Werke an Daimler-Benz wurde zwar ein Vertrag zwischen Rheinstahl und dem Flick-Giganten über die Abnahme der weiterhin bei Hanomag produzierten Lkw-Motoren abgeschlossen, aber bald schon, die Tinte war kaum trocken, begann Daimler dem lästigen Konkurrenten die Gurgel zuzudrücken. Die Bestellungen wurden systematisch verringert. Statt die Abnahme, wie

vorgesehen, von jährlich 20 000 bis 1974 auf 35 000 Motoren zu steigern, sanken die Bestellungen auf 6000 ab. Daimler baute in Ingolstadt mit großem Aufwand ein neues Motorenwerk.

Lange Zeit wurden die Hanomag-Belegschaft und der Betriebsrat über die Pläne der Konzernleitung im unklaren gelassen. Stilllegungsgerüchte geisterten durch das Werk. Die Geschäftsführung weigerte sich, dem Betriebsrat, den Arbeitern und Angestellten reinen Wein einzuschenken. Am 16. Februar erreichten Unruhe und Protest

### Umsatzsteigerung bei verringerter Belegschaft

Auf der Aktionärs-Hauptversammlung des Rheinstahl-Konzern am 16. August in Essen teilte Vorstandsvorsitzender Toni Schmücker mit, daß die „Gesundung“ des Konzerns Fortschritte mache. So sei die Belegschaftszahl von Januar 1971 bis Juni 1972 um 10 Prozent auf 64 300 gesenkt worden. Gleichzeitig berichtete Schmücker von einer Umsatzsteigerung im ersten Halbjahr 1972 von 2,4 Prozent. Das Investitionsprogramm von 200 Millionen DM, wobei Rationalisierungsinvestitionen im Vordergrund stehen, werde dieses Jahr „voll durchgezogen“.

Zur weiteren „Straffung“ des Rheinstahl-Konzerns, so Schmücker, müsse möglicherweise schon bald an die Stilllegung, zumindest aber drastische Verringerung der Belegschaft der konzerneigenen Werft „Nordseewerke“ in Emden gedacht werden. Als „Anpassungsmaßnahme an die Marktlage“ wird zunächst mit der Entlassung von 1500 Werftarbeitern gerechnet, die in diesem bundesdeutschen Randgebiet kaum mit neuen Arbeitsplätzen rechnen können. Insgesamt sind von den 4500 Arbeitsplätzen der Nordseewerke 2500 akut gefährdet.

der Belegschaft einen vorläufigen Höhepunkt. Mit einem einstündigen Warnstreik verlangte sie die Beendigung der Geheimdiplomatie von Hanomag-Geschäftsführung und Rheinstahl-Vorstand; sie protestierte zugleich gegen Stilllegungen und Entlassungen.

Im Sommer kam es dann zu einer weiteren Zuspitzung. Nachdem der Rheinstahl-Vorstand und -Aussichtsrat im Februar die Einstellung des Motorenbaues beschlossen hatten, entschieden sie im Juni, auch die Gießerei und das Hammerwerk stillzulegen. Am 12. Juni zogen 4000 Hanomag-Arbeiter mit roten und schwarzen Fahnen vor das Rathaus in Hannover und verlangten Maßnahmen zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze.

### Empörte Sozialdemokraten

Wie verhielten sich in dieser Situation Parteien und Gewerkschaften?

Die CDU als politische Vertretung des Großkapitals, wie konnte es anders sein, stellte sich auf den Standpunkt, daß die Entscheidung über das Schicksal von Hanomag und seiner Belegschaft einzig und allein Angelegenheit der Konzernherren sei. Das Prinzip der „freien Marktwirtschaft“ dürfe nicht angestastet werden.

Die SPD geriet einigermaßen aus dem Häuschen. Der Ortsverein, die Stadtfraktion, Oberbürgermeister Schmalstieg und manches Gremium glichen in diesen Juni-Tagen einem einzigen Ameisenhaufen, auf dem man — teils aus ernster Empörung, teils, um die Hanomag-Arbeiter zu beruhigen — um die Wette krabbelte. Selbst Bundeskanzler Brandt wurde in das Bemühen, die Stilllegungsbeschlüsse von Rheinstahl zu revidieren, einbezogen.

Hanomag ist nämlich so etwas wie ein sozialdemokratischer Traditionsbetrieb. Hier arbeitete nach dem zweiten Weltkrieg Otto Brenner sechs Jahre lang und begann seinen gewerkschaftlichen Aufstieg. Hanomag brachte einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister von Hannover hervor. Und vor allem: Hier — in der großen Hanomag-Halle — agitierte Kurt Schumacher häufig, wurden nach 1945 wichtige Beratungen der SPD-Führungsgremien durchgeführt.

### Geredet statt gehandelt

Ein Flugblatt, das Anfang Juli 1972 vom SPD-Ortsverein Hannover herausgebracht wurde und feststellt: „Die Öffentlichkeit und ganz besonders wir Sozialdemokraten sind empört“, gibt einen Überblick über die durch die große Demonstration ausgelösten Aktivitäten: eine große Zahl von Gesprächen und Verhandlungen

mit dem Ziel, die Auftragslage von Hanomag zu verbessern und die Stilllegungsbeschlüsse revidieren zu lassen.

Wechselseitig nahmen daran teil: Betriebsratsvorsitzender Kassubowski, Vertreter der IG Metall-Ortsverwaltung und Bezirksleitung, des SPD-Ortsvereinsvorstandes, der SPD-Ratsfraktion, Oberbürgermeister Schmalstieg, der niedersächsische Ministerpräsident Kubel und seine Kabinettskollegen Greulich und Partzsch, ferner der Bonner Staatssekretär Rohde, Vertreter des Wirtschaftsministeriums und schließlich Bundeskanzler Brandt; nicht zu vergessen: Rheinstahl-Konzernchef Schmücker. In dem Flugblatt heißt es dazu sinnigerweise: „Als andere nur Flugblätter verteilen, haben wir gehandelt.“

Was hat diese Art „Handeln“ am grünen Tisch gebracht? — Betriebsratsmitglied Diedrichs, zugleich Mitglied der Ortsverwaltung IG Metall, zu NACHRICHTEN: „Nichts hat das gebracht. Wir stehen genau so da wie vorher.“

### „Naive Appelle an das Kapital“

In der hanoverschen SPD gibt es zahlreiche Mitglieder, die nicht daran glauben, daß nackte Profitpolitik von Konzernen durch gutes Zureden revidiert werden kann. Sie sind, wie ihre Kollegen von der DKP, der Meinung, daß die Interessen der Hanomag-Arbeiter — vor allem Sicherung der Arbeitsplätze — nur durch entschlossene Aktionen zum Tragen kommen. In der vom SPD-Stadtbezirk Linden-Limmer herausgegebenen Zeitung „Das rote Linden-Blatt“ (verantwortlich: Vorstand, Jusso-Kollektiv) heißt es zum Verhalten der eigenen Parteigremien u. a.:

„Da spricht der Ratsbeschuß der SPD-Fraktion, mit Mehrheit gegen die CDU gefaßt, davon, daß die Konzernleitung die Entscheidung über die Stilllegung überprüfen möge. Der SPD-Ortsverein sagt gleiches. Was ist das für eine Naivität anzunehmen, daß das Kapital auf Appelle der SPD hin Beschlüsse wieder rückgängig macht! Der Beschuß über die Stilllegung ist nur rückgängig zu machen, wenn die Kollegen ihre Interessen und Forderungen jetzt selbst aufstellen und durchsetzen. Wird die SPD fähig sein, mitzukämpfen? Das würde nämlich bedeuten, daß sie sich mit dem Kapital anlegen muß... Wo bleibt die Alternative der SPD?“

Weder der sozialdemokratische Oberbürgermeister, noch die niedersächsische Landesregierung scheinen zu Alternativen im Falle Rheinstahl-Hanomag bereit. „Den Einflußmöglichkeiten von außen sind Grenzen gesetzt. In unserer Wirtschaftsordnung entscheidet einseitig die Unternehmensleitung und trägt auch dafür die Ver-

antwortung.“ Das ist ihre Meinung; so steht es in dem schon zitierten Flugblatt.

### Alternativen von der DKP

Mit Alternativen wartet dagegen die DKP auf. Sie hat sich in dem Tauziehen um die Existenz von Hanomag eindeutig auf die Seite der Belegschaft gestellt und nachgewiesen, daß der Rheinstahl-Konzern, der zu etwa 20 Prozent in der Rüstungsproduktion steckt, dieses profitable Geschäft auf Kosten anderer Produktionsbereiche und Tausender von Arbeitern weiter ausbauen und konzentrieren will. Bei einer anderen, die Interessen der Arbeiter berücksichtigenden Konzeption sei wenigstens der Motorenbau (und damit auch die Gießerei) zu halten und die Baumaschinenproduktion wesentlich zu steigern.

Im übrigen ist auch der Hanomag-Betriebsrat überzeugt, daß die Motorenproduktion der D-100-Reihe weitergeführt und mit Fremdaufträgen erheblich ausgebaut werden kann. Dieser Motor sei auch in besonderem Maße umweltfreundlich.

Werner Hilke, Sekretär des DKP-Kreisvorstandes Hannover und Kandidat für den Stadtrat zu den bevorstehenden Kommunalwahlen am 22. Oktober, meint: „Die Hanomag-Kollegen haben durchaus die Chance, wenigstens diesen Teil der Stilllegungspläne zu durchkreuzen, wenn sie — gestützt auf die Sympathie und Solidarität der Arbeiter anderer hanoverscher Betriebe, auf die Gewerkschafter, Kommunisten und linken Sozialdemokraten — aktiv um ihre Arbeitsplätze kämpfen.“

Hier gelte es, die wichtigste Forderung des neuen DGB-Aktionsprogrammes nach Sicherung der Arbeitsplätze zu verwirklichen. Akut sei im Falle Rheinstahl-Hanomag auch der Beschuß des 9. DGB-Bundeskongresses, der verstärkte gewerkschaftliche Bemühungen verlangt, „um die Forderung des DGB-Grundsatzprogrammes nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderer markt- und wirtschaftsbeherrschender Unternehmen in Gemeineigentum zu verwirklichen“.

### Unsicherheit durch Mißbrauch von Wirtschaftsmacht

Hilke erinnerte in einem Gespräch mit NACHRICHTEN außerdem an einen Plan der DKP Niedersachsen, der seit 1969 der Landesregierung vorliegt und konkrete Maßnahmen der Strukturplanung und -verbesserung, bei Mitbestimmung der Gewerkschaften, vorsieht. „Unter anderem schlagen wir den Bau einer Pipeline für sowjetisches Erdöl und Gas von Schwedt (DDR) in dem Raum Salzgitter vor, wo ein petrochemisches Kombinat er-

richtet werden könnte, das sich im öffentlichen Eigentum befinden müßte. So könnte zur Überwindung der von der Automobilindustrie bestimmten Monostruktur unseres Gebietes beigetragen werden. Und was z. B. Hanomag betrifft: In der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern besteht großer Bedarf an Baumaschinen. Darin könnte längerfristig und zu vernünftigen Konditionen die Basis für gegenseitige Handelsbeziehungen gefunden werden. Man muß es nur wollen.“ Die Lösung der Hanomag-Krise könne nicht isoliert erfolgen, sondern müsse im Rahmen notwendiger Strukturplanung gesehen werden.

Offenkundig erwächst die Unsicherheit der Arbeitsplätze für die Hanomag-Arbeiter aus dem kapitalistischen Mißbrauch von Wirtschaftsmacht, in diesem Falle des Rheinstahl-Konzerns. Der Vorsitzende der Ortsverwaltung Hannover der IG Metall, Menius, hatte recht, als er vor den demonstrierenden Hanomag-Kollegen die sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ für bankrott erklärte. DGB und IG Metall haben sich bemüht, zusammen mit den betroffenen Arbeitern für den Erhalt der Arbeitsplätze beizutragen. Aber auch sie stießen an die Grenzen demokratischer Spielregeln, hinter denen nackte Konzernmacht beginnt und die Wirklichkeit prägt.

### Wirksame Mitbestimmung nötig

Zur Zeit macht sich, so z. B. bei der IG Metall und beim Betriebsrat, etwas Resignation über die Rheinstahl-Willkür breit. Als wir den Betriebsrat in seinem Büro aufsuchten, liefen vor der betrieblichen Einigungsstelle gerade die Verhandlungen über die materiellen Bedingungen eines Sozialplanes für die von Entlassungen und Umsetzung betroffenen Hanomag-Arbeiter und -Angestellten. Die Konzernleitung und die Hanomag-Geschäftsführung hatten die Forderung des Betriebsrates nach längeren Verhandlungen abgelehnt. Die betroffenen Arbeiter sollen nicht nur die volle Last des „Gesundshrumpfens“ tragen, sondern auch noch die Brosamen der Bosse schlucken. Wie man uns im Betriebsrat erklärte, würden Umsetzungen zu Bedingungen der Unternehmensleitung für die Betroffenen bis zu 3 DM Verdienstminderung die Stunde bringen.

Wie beim Betriebsrat von Hanomag, vertrat man auch bei der Ortsverwaltung der IG Metall die Auffassung, daß der Fall Rheinstahl-Hanomag die Dringlichkeit einer wirksamen Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten unterstreiche. Wichtig sei vor allem die Möglichkeit der Kontrolle der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sowie deren Unterstützung durch die Beschäftigten. Dazu seien u. a. ständige Rechenschafts- und Informationspflicht sowie nötigenfalls auch die zwischenzeitliche Abwahl

geeignet. Insbesondere dürfte sich in Existenzfragen für die Beschäftigten und ihre Familien niemand auf die Schwelgepflicht berufen.

Diesen Überlegungen über ein besseres Funktionieren der paritätischen Mitbestimmung liegt die Tatsache zugrunde, daß sich in der entscheidenden Sitzung des Rhein Stahl-Aufsichtsrates, in der die Stilligungsmaßnahmen bei Hanomag beschlossen wurden, die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder der IG Metall Hans Mayr und Georg Benz als Arbeitnehmervertreter der Stimme enthielten statt dagegen aufzutreten. Allerdings wäre der Beschluß dennoch zustande gekommen, weil der „neutrale Mann“, der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Reischel (ehemals Alex Möllers Staatssekretär) mit der Kapitalseite stimmte. Doch die Gewerkschafter bei Hanomag müssen immer daran denken, daß die Abstimmung durchaus hätte anders ausgehen können.

Bis in die Mitte der 60er Jahre hat Hanomag bei einem Grundkapital von 45 Millionen DM dem Konzern jährlich rund 20 Millionen DM Gewinn abgeführt. Die Aktionäre kassierten in den besten Zeiten 16 Prozent Dividende plus 8 Prozent Bonus. Jetzt wird Hanomag den Konzerninteressen geopfert und stückweise verkauft bzw. stillgelegt. Der „Mohr“ Hanomag-Belagschaft hat seine Profit-Schuldigkeit getan; nun soll er gehen.

Dagegen wehren sich die Hanomag-Beschäftigten mit allen ihren Mitteln. Ihnen gilt die solidarische Unterstützung aller Gewerkschafter. Es ist an der Zeit, daß der DGB und seine Gewerkschaften, zusammen mit den demokratischen Kräften in den politischen Parteien, den nötigen Druck entwickeln, damit die Bundesregierung von den Artikeln 14 und 15 der Verfassung Gebrauch macht, um zumindest eine derartige fortwährende Mißachtung der Sozialverpflichtung des Eigentums wie im Falle des Rhein Stahl-Konzerns mit der Überführung in Gemeineigentum zu ahnden.

Gerd Siebert

## Erfolgreiche Entwicklung der Mitgliederzahl

Mit 618 442 Mitgliedern am Ende des zweiten Quartals 1972 hat die IG Chemie - Papier - Keramik einen neuen Höchststand erreicht. Eine entsprechende Mitgliederstatistik wurde Mitte August von der Gewerkschaft veröffentlicht. Der Neuzugang im zweiten Quartal beträgt über 3300 Mitglieder. Von den Mitgliedern dieser drittgrößten DGB-Gewerkschaft sind 105 821 Frauen und 60 784 Ausländer.

# IG Chemie vor Entscheidungen

367 Anträge an den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag  
Tariffragen stehen im Vordergrund der Beratungen

Die 617 000 Mitglieder zählende drittstärkste DGB-Gewerkschaft IG Chemie-Papier-Keramik führt vom 17. bis 23. September 1972 in Dortmund ihren 9. ordentlichen Gewerkschaftstag durch. Zusammen mit dem zeitgleich stattfindenden Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner in Nürnberg sind das die beiden ersten Gewerkschaftstage nach dem 9. ordentlichen DGB-Kongreß im Juni dieses Jahres. Die 380 Delegierten haben die Aufgabe, über die drei vergangenen Jahre Rechenschaft abzulegen und über die 367 vorliegenden Anträge und Entschließungsentwürfe sowie sicher zahlreichen Initiativanträge zu entscheiden.

Bei den Diskussionen über die vergangene Arbeit werden zweifellos die Tarifbewegungen der letzten Jahre, insbesondere die Chemiearbeiterstreiks im Jahre 1971 eine Rolle spielen. Das widerspiegelt sich auch in den zahlreichen Anträgen, die zur Tarifpolitik und zur Veränderung der Tarif- und Streikrichtlinien vorgelegt wurden. Unter dem Eindruck dieser Forderungen soll jetzt in die Tarifrichtlinien aufgenommen werden: „Rechtzeitig vor Beginn von Tarifverhandlungen sind mit Unterstützung der zuständigen Verwaltungsstelle Versammlungen der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in den jeweiligen Tarifbereichen durchzuführen.“

Dieser Passus ist in einem vom Hauptvorstand vorgeschlagenen und von der Antragskommission zur Annahme empfohlenen umfangreichen Antrag über die Richtlinien zur Tarifpolitik enthalten. Allerdings wird versucht, mit dem Antrag des Hauptvorstandes wesentlich konkretere und weitergehende Vorschläge aus der Mitgliedschaft — z. B. Wahl der Mitglieder der Tarifkommissionen in Vertrauensleuteversammlungen — abzuwürgen. Alle diese Anträge sollen mit dem Hauptvorstandsantrag „erledigt“ sein oder als „Material“ unter den Tisch fallen.

Eine Reihe von Empfehlungen der Antragskommission laufen darauf hinaus, den Mitgliederwillen zu verflüchtigen. Das zeigt sich u. a. bei den Anträgen, die sich mit der konzertierten Aktion beschäftigen. Nach den Erfahrungen seit dem 8. Gewerkschaftstag der IG Chemie - Papier - Keramik im Jahre 1969 sind große Teile der Mitgliedschaft zu der Erkenntnis gekommen, daß die seinerzeit gestellten Bedingungen für den Austritt — z. B. Veränderung des Ungleichgewichtes zwischen Kapital und Arbeit — längst eingetreten sind. Darum verlangen vier von sieben Anträgen zu diesem Problem den Austritt aus der konzertierten Aktion. Die Antragskommission empfahl aber, den vom Hauptvorstand erneut vorgelegten Antrag von 1969 nochmals anzunehmen.

Generell zeigt sich, daß alle vom Hauptvorstand vorgelegten Anträge

zur Annahme empfohlen und dabei viele weitergehende Anträge durch den sogenannten Erledigungsvermerk auch gar nicht zur Abstimmung gestellt werden sollen. Es bleibt zu hoffen, daß die Delegierten souverän entscheiden, damit sich der Mitgliederwille auch in den Beschlüssen des Gewerkschaftstages niederschlägt.

Positiv hervorzuheben ist ein Entschließungsentwurf, der zum neuen Betriebsverfassungsgesetz 1972 Stellung nimmt. In diesem von der zentralen Jugendkonferenz vorgelegten und auch zur Annahme empfohlenen Entwurf heißt es u. a.:

„Nach wie vor bleibt der Betriebsrat im Rahmen der Sozialpartnerschaft einer betrieblichen Friedenspflicht unterworfen, die ihn einer doppelten Loyalität unterwirft: der Betriebsrat kann nicht zugleich dem Wohl des Betriebes und der in ihm beschäftigten Arbeitnehmer dienen; der Betriebsrat ist nach Auffassung der Arbeitnehmer in erster Linie Interessenvertreter der Arbeitnehmer im Betrieb. Auch weiterhin bleibt die parteipolitische Beteiligung im Betrieb verboten.“

Neben mehreren Anträgen, die die qualifizierte Mitbestimmung fordern, wird in einem weiteren Vorschlag des Hauptvorstandes „der Einfluß der mächtigen Konzerne auf die politischen Entscheidungen“ kritisiert. Von dieser treffenden Feststellung ist jedoch nicht wie auf dem kürzlich stattgefundenen DGB-Kongreß die Schlußfolgerung abgeleitet worden, die Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zu überführen. Angesichts der Macht der Chemie-Monopole, vor allem der IG-Farben-Nachfolger, wäre diese Alternative für die IG Chemie besonders dringend. Mit den geforderten Vermögensbildungsplänen kann die Macht des Großkapitals nicht eingeschränkt werden.

Ein weiterer Antrag beschäftigt sich mit der wachsenden „wirtschaftlichen und politischen Macht der multinationalen Konzerne“ und entwickelt eine Reihe von gewerkschaftlichen Forderungen, die dazu angetan sind, dieser internationalen Konzernmacht entgegenzuwirken. In diesem Zusammen-

# 315 HBV-Anträge

## Rüstungsabbau und Austritt aus konzertierter Aktion 8. Gewerkschaftstag im Oktober in Dortmund

hang ist beachtlich, daß ein zur Annahme empfohlener Antrag der Verwaltungsstelle Saarbrücken offizielle Informationen, Informationsgespräche und Kontakte zu westlichen Gewerkschaften verlangt, die nicht Mitglieder im IBFG sind, „damit sind auch Gewerkschaften gemeint, die Mitglieder im Weltgewerkschaftsbund sind“, heißt es wörtlich.

Die vorliegenden Anträge zu Frieden und Entspannung unterstützen u. a. die Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und sprechen sich für Abrüstungsmaßnahmen aus. Allerdings erfolgt letzteres recht allgemein und global und bezieht sich, soweit zur Annahme empfohlen, nicht konkret auf den Bonner Rüstungshaushalt. Diese Anträge sollen ebenfalls als erledigt abqualifiziert werden.

Daß aber auch in einer großen Zahl von Anträgen sich die Interessen der Arbeiter und Angestellten und ihre Forderungen niederschlagen, wird deutlich, wenn man die Anträge zu wirtschafts- und sozialpolitischen Einzelfragen betrachtet. Die Skala reicht von der Steuerpolitik über die Fusionskontrolle, den Preisen, der Pressekonzentration, Kranken- und Rentenversicherung, der Arbeitssicherheit bis hin zu den Problemen der beruflichen Bildung. Eine Fülle von Anträgen nimmt zur Personengruppenarbeit Stellung, wobei die Forderungen zur Jugendpolitik besonders hervorstechen.

NACHRICHTEN werden über Verlauf und Ergebnisse dieses Gewerkschaftstages ihre Leser in den nächsten Ausgaben ausführlich informieren.

Werner Petschick

### GdED-Delegierte tagen in Nürnberg

Vom 17. bis zum 22. September führt die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in der Nürnberger Meistersingerhalle ihren 9. ordentlichen Gewerkschaftstag durch. Die Delegierten der rund 430 000 Mitglieder zählenden Organisation der Eisenbahner, die rund 70 Prozent aller in diesem Unternehmen beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten zu ihren Mitgliedern zählt, werden ihren Standpunkt zu den wichtigsten Fragen der Verkehrspolitik darlegen und sich vorrangig mit der beruflichen Situation der Eisenbahner befassen. Eine nicht unerhebliche Rolle dürften auf dem Kongreß, auf dem der DGB-Vorsitzende Vetter das Hauptreferat halten wird, die Forderungen nach einem besseren Personalvertretungsgesetz, Abbau der Überstunden und nach einer besseren Besoldungseinstufung spielen.

Dem 8. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen — vom 1. bis 6. Oktober 1972 in Dortmund — liegen 315 Anträge und Entschlüsse vor. Fast ein Viertel davon (78) befaßt sich mit Änderungen der Satzung. Politisch bedeutsam ist der Antrag der Landesbezirkskonferenz Hessen, der die Aufgabenstellung für die Gewerkschaft HBV in § 5 der Satzung von „Sicherung“ in „Verwirklichung einer freiheitlichen sozialen Grundordnung in Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatswesen der Bundesrepublik“ umwandeln will. Das entspricht ohne Frage besser den in der BRD gegebenen Verhältnissen.

Die 237 Anträge und Entschlüsse zu politischen und Organisationsfragen, zur Wirtschafts-, Verkehrs- und Steuerpolitik, zum Betriebsverfassungsgesetz und Personalvertretungsgesetz sowie zur Bildungs-, Sozial- und Tarifpolitik widerspiegeln die Breite der Interessen und Forderungen der HBV-Gewerkschaften.

In einem vom Gewerkschaftsausschuß vorgelegten Antrag zur Tarifpolitik werden u. a. die weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Weihnachtsgeld (ein Monatsgehalt) und zusätzliches Urlaubsgeld für alle Arbeitnehmer, ein Mindesturlaub von fünf bis sechs Wochen und der Anspruch auf einen bezahlten Bildungsurlaub als Grundsätze und Ziele der HBV-Tarifpolitik formuliert.

Drei Anträge fordern den Austritt der Gewerkschaften aus der konzertierten Aktion. Weitere Anträge zur Wirtschaftspolitik wenden sich gegen die Preisentwicklung. Die Bundesjugendkonferenz fordert in einem Antrag die Einleitung von Schritten, „um wirtschaftlichen und politischen Machtmißbrauch... zu verhindern“ — eine Gefahr, die sich aus der „Zunahme der wirtschaftlichen und politischen Macht in den Händen weniger Monopolherren“ ergebe.

In diesen Anträgen wird ein Bündel konkreter Maßnahmen aufgezählt, darunter die Überführung marktbeherrschender und wettbewerbsgefährdender Unternehmen in Gemeineigentum. In den Anträgen zur Mitbestimmung wird deren Weiterentwicklung und Ausformung auf allen Ebenen und in allen Bereichen als Ziel gestellt, für das es einzutreten gelte.

Einige Anträge, vor allem die zum Teil recht umfangreichen Vorlagen des Gewerkschaftsausschusses, sind, von dem Bestreben geprägt, die gegenwärtige Bundesregierung zu unterstützen und sich ihrer Politik anzupassen. Das geht so weit, daß in der vom Gewerkschaftsausschuß vorgelegten Entschlüsse zur „Rentenreform“ kritisch die Öffnung der Rentenversicherung für Selbständige als Fortschritt deklariert wird, die der DGB zu Recht ausdrücklich abgelehnt hat, und daß

ferner eine Fortsetzung der „Reform“ zu einem Zeitpunkt hingenommen werden soll, „sobald es finanziell tragbar ist“.

Nach den satzungsändernden Anträgen bilden die zu politischen Fragen (51) und zur Sozialpolitik (54) den stärksten Antragsblock. Fünf Anträge und Entschlüsse fordern eine konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik und verweisen auf den großen Anteil, den die Gewerkschaften an den bisherigen Erfolgen dieser Politik haben. Sie setzen sich für das „baldige Stattfinden einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit“, die „Herstellung normaler Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie... die Aufnahme beider deutschen Staaten in die UNO“ und den „schrittweisen Abbau der Rüstungslasten“ ein.

Drei Anträge bzw. Entschlüsse protestieren gegen den barbarischen Krieg der USA in Indochina. Der Landesbezirksvorstand Hessen verlangt in seinem Antrag, „daß über westdeutsche Devisen-Ausgleichszahlungen nicht länger eine indirekte Mitfinanzierung des amerikanischen Vernichtungskrieges erfolgt“.

Weitere Anträge und Entschlüsse wenden sich gegen das undemokratische Berufsverbot für engagierte Demokraten. Die Bezirksverwaltung Stuttgart erwartet in ihrem Antrag, daß der Gewerkschaftstag „sich auf's entschiedenste gegen den Versuch wendet, weitere demokratische Rechte kontinuierlich abzubauen“, wozu „vor allem der Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. 1. 1972 über das Berufsverbot im öffentlichen Dienst“ gehört. In einem Antrag der Bundesjugendkonferenz werden das Verbot und die Auflösung der neonazistischen NPD sowie aller rechtsextremen Gruppierungen gefordert.

Alles in allem läßt eine Durchsicht der dem HBV-Gewerkschaftstag vorliegenden Anträge und Entschlüsse erkennen, daß sie eine gewisse Basis für eine zukunftsorientierte aktive Gewerkschaftspolitik, für die notwendige Stärkung der Gewerkschaft bieten.

Artur Böpple

## Im Mittelpunkt: Aktive Tarifpolitik und Gemeineigentum Zum Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Mainz

Harte Kritik an der tarifpolitischen Praxis des Hauptvorstandes der IG Bau-Steine-Erden wird in zahlreichen Anträgen an den 9. ordentlichen Gewerkschaftstag dieser DGB-Organisation geübt. Die Bauarbeiter wehren sich gegen eine „Tarifpolitik hinter verschlossenen Türen“. Neben anderen Fragen aus dem gewerkschaftspolitischen Bereich dürfte diese Problematik auf dem Gewerkschaftstag vom 24. bis 30. September 1972 in Mainz eine wichtige Rolle in der Diskussion spielen.

Die vom Hauptvorstand praktizierte Sozialpartnerschaft mit den Unternehmern, die auf dem tarifpolitischen Sektor vornehmlich darin besteht, nur die „gütliche“ Einigung in Geheimgesprächen am grünen Tisch zu suchen und den Gewerkschaftsmitgliedern das oft genug dürftige Resultat als unabänderlich zu präsentieren, hat in den letzten Jahren zunehmend böses Blut geschaffen. Die Gewerkschaftsmitglieder wollen eine solche undemokratische Methode nicht mehr hinnehmen, zumal der Lohn der Beschäftigten der Bauwirtschaft auf diese Weise von einer Führungsposition auf der Lohnskala ins Mittelfeld abgerutscht ist.

Eine vom Bezirk Nordmark vorgelegte Entschließung warnt, „daß es zu keiner Zeit gut war, die Mitglieder von der Mitentscheidung und Mitverantwortung auszuschließen“. Anträge aus dem Bezirk Nordrhein und der Verwaltungsstelle Aachen fordern, „daß Schluß gemacht wird mit der Tarifpolitik hinter verschlossenen Türen“. In anderen Anträgen wird die Kritik weniger hart, jedoch ebenso prinzipiell formuliert. Ein Antrag aus Rendsburg verlangt die Diskussion der Forderungen vor jeder Tarifbewegung in allen Ortsverbänden.

Die Antragskommission empfiehlt dagegen den Delegierten, einen Antrag zu beschließen, wonach künftig die Mitglieder in die Tarifbewegung „rechtzeitig und besser einzubeziehen“ sind — als ob es schon eine solche Praxis gäbe. Die kritischen Anträge sollen als „erledigt“ betrachtet werden. Gewiß werden die Delegierten der rund 500 000 Mitglieder der IG Bau-Steine-Erden wachsam genug sein, um auf den Trick nicht hereinzufallen. In der Fülle von 558 Anträgen und Entschließungen verdient die Entschließung E 12 besondere Beachtung, weil sie eine in jüngster Zeit in den Gewerkschaften immer häufiger und nachdrücklicher diskutierte Forderung enthält: „Die Delegierten des 9. ordentlichen Gewerkschaftstages erwarten, daß die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes von den Regierungen und Parlamenten in Zukunft besser beachtet werden.“ Die beiden Artikel ermöglichen zur Unterbindung des Mißbrauchs privater wirtschaftlicher Macht die Überführung von Unternehmen in öffentliches Eigentum.

Die Annahme dieser Entschließung in der vom Bezirk Westfalen vorgeschlagenen Form wäre eine spürbare Hilfe für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik, die der einseitigen Unternehmermacht Paroli bieten und im Sinne des DGB-Grundsatzprogramms durch Mitbestimmung und Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum „eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten“ und „eine soziale Gestaltung der Wirtschaft“ herbeiführen wollen.

In den wenigen Anträgen zu Fragen der allgemeinen Politik wird der Gewerkschaftstag allgemein aufgefordert, für die „Beendigung und Verhinderung aller kriegerischen Maßnahmen und den Abzug aller Truppen aus fremden Ländern“ einzutreten. Der USA-Krieg in Vietnam wird nicht konkret angesprochen — eine der vielen unpassenden politischen Rücksichtnahmen, die in letzter Zeit häufig auf gewerkschaftlichen Tagungen die Solidarität und die Interessen der arbeitenden Menschen, der Gewerkschafter, zu gefährden drohen.

Ein weiterer Antrag fordert von der Bundesregierung „die aktive Teilnahme... an der europäischen Sicherheitskonferenz“. Im Gleichklang mit der Politik der Bundesregierung wird eine „europäische Verständigung“ gefordert. Die logische Folgerung in dem diesbezüglichen Antrag aus Darmstadt, „endlich ebenfalls Verhandlungen mit der IG Bau-Holz in der DDR aufzunehmen“, wird von der Antragskommission zur Streichung empfohlen.

In dem offensichtlichen Bestreben, der Brand/Scheel-Koalition nicht un bequem zu werden, bleibt die politische Position der IG Bau-Steine-Erden, wie sie in manchen Anträgen zum Ausdruck kommt, sogar noch hinter Bonn zurück. Offensichtlich steht die BSE-Führung noch immer auf dem rechten Flügel. Auffallend ist auch die Ausklammerung so brisanter Themen wie Mitbestimmung, die Wirtschaftspolitik und Preisentwicklung in den Anträgen. Doch das könnte sich durch Initiativanträge auf dem Gewerkschaftstag selbst noch ändern. G. S.

Nachdem der DGB schon im März 1972 „bildungspolitische Vorstellungen“ vorgelegt hat, beschäftigt sich jetzt die Öffentlichkeit in verstärktem Umfang mit den kürzlich publizierten „Forderungen des DGB zur beruflichen Bildung“. In 111 Einzelanforderungen wird ein detailliertes Programm entwickelt, daß von der beruflichen Vorbildung in den allgemeinbildenden Schulen über die unmittelbare Berufsbildung bis zur beruflichen Weiterbildung sowie Finanzierung und Mitbestimmung in der beruflichen Bildung reicht.

Das DGB-Programm geht davon aus, daß die berufliche Bildung in ein Gesamtbildungssystem eingeordnet, die überholte Struktur überwunden werden und eine Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung erfolgen muß. Die wesentlichste Forderung dabei ist, daß den Unternehmern die Alleinherrschaft in der beruflichen Bildung über das System der Kammern entzogen und diese zu einer öffentlichen Aufgabe wird.

Während die Unternehmerverbände die gewerkschaftlichen Forderungen zur beruflichen Bildung als „DGB-Utopien“ abzuqualifizieren versuchen, widerspiegelt sich in dieser Konzeption die vorhandene Unzufriedenheit in der arbeitenden Bevölkerung mit dem vom Großkapital beherrschten Gesellschaftssystem. Gerade auf dem Gebiet der beruflichen Bildung, wo katastrophale Zustände vorzufinden sind, offenbart sich der arbeit- und jugendfeindliche Charakter dieser nur auf den Unternehmerprofit ausgerichteten Ordnung.

Allerdings wird diese Hauptursache der Bildungsmisere nicht konsequent in den DGB-Vorstellungen sichtbar. Zugleich liegt den Forderungen, die im einzelnen durchaus zu begrüßen sind, die Illusion zugrunde, als könne man mit einer Bildungsreform allein die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse verändern. Mit der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung kann weder das Bildungsprivileg der herrschenden Klasse gebrochen noch Chancengleichheit für Arbeiterkinder erreicht werden.

So bedeutsam das Bildungswesen auch ist, so muß man es doch immer im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang sehen. Es ist einfach nicht möglich, mit einer Bildungsreform eine antikapitalistische Insel innerhalb des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems zu errichten. Beim Kampf um die Verwirklichung der DGB-Forderungen zur beruflichen Bildung sollte dieser Zusammenhang nie aus den Augen verloren werden. pet

### 10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie Bergarbeiter beraten gesellschaftliche und soziale Lage

Die Mitglieder der IG Bergbau und Energie sind heute vor viele ernste Fragen gestellt, die auf ihrem Kongreß vom 24. bis 28. September in Hannover zu behandeln sind. Eine der Kernfragen für die IG Bergbau und Energie ist ihr Verhältnis zur Ruhrkohle AG, diesem neuartigen Kohlentrust, der mit Hilfe der Führung der IG Bergbau und Energie vor wenigen Jahren aus der Taufe geboren wurde.

Mit dem großkapitalistischen Konzern sollten die Entwicklung der Kohlewirtschaft und die Existenz der Bergarbeiter gesichert werden. Die Bergarbeiter haben aber erfahren müssen, daß — trotz der Milliardenzuschüsse aus der Staatskasse für die Zechenbesitzer — der Bergbau weiter schrumpfte und die Bergarbeiter in der Lohnskala immer tiefer nach unten sanken. Weitere Zechenstilllegungen drohen, viele Bergarbeiter werden ihren Arbeitsplatz verlieren.

Angesichts dieser Lage ist es nur folgerichtig, wenn in der IG Bergbau und Energie und auf den Zechen darüber diskutiert wird, daß das kapitalistische Eigentum an den Bergbaubetrieben beseitigt und alle Betriebe der Bergbau- und Energiewirtschaft in Gemeineigentum überführt werden müßten. Die Anträge Nr. 12 und 13, die das verlangen, sollten deshalb stark im Vordergrund der Erörterungen des Kongresses stehen.

Nicht nur die Annahme dieser Anträge ist wichtig; es gibt außerdem eine entsprechende Verpflichtung durch das Organisationsstatut der IG Bergbau und Energie, wo die Überführung der Bergbaubetriebe in Ge-

meineigentum als Ziel der IG Bergbau und Energie erklärt wird. Es müßte auch erörtert und festgelegt werden, wie und durch welche Aktionen diese Überführung erreicht werden soll.

Die Anträge zu gewerkschaftspolitischen Fragen geben den Delegierten Gelegenheit, zu den wichtigsten politischen Themen der Zeit Stellung zu beziehen. So fordern die Anträge z. B. die Sicherung des Friedens, Entspannungspolitik in Europa, Maßnahmen zur Abrüstung, innere demokratische Reformen, die Einberufung einer europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die Beendigung des USA-Krieges in Vietnam, die Verhinderung von Maßregelungen fortschrittlicher Kräfte im öffentlichen Dienst sowie den Ausbau und die Erweiterung der Beziehungen zu Gewerkschaften der sozialistischen Länder.

Das alles zeugt für den wachen politischen Sinn der Bergarbeiter. Sicher werden Delegierte auch kritisch zur Politik der Regierung Stellung nehmen, denn was z. B. ihre Wirtschaftspolitik betrifft, so ist es notwendig, klar auszusprechen, daß ihre Unterordnung unter die Profitinteressen der Monopole immer zu Lasten der Arbeiter geht. Auch muß auf die Anträge verwiesen werden, die das europäische Bergarbeiterstatut betreffen, das eine Reihe positiver sozialer Maßnahmen fordert und von deren Verwirklichung im Bergbau der BRD die Arbeiter und Angestellten noch weit entfernt sind.

Insgesamt sind die Anträge zum 10. Gewerkschaftskongreß Ausdruck des Drängens eines Teils der Mitglieder nach mehr Aktivität und demokratischen Veränderungen. Aber sie sind auch Spiegelbild von Hemmungen und ideologischen Hindernissen, die in einer Verknüpfung der Klassenlage in der BRD und etwa auch der Rolle der Regierung Brandt/Scheel ihre Ursache haben.

So kann auf dem Gewerkschaftstag auch die Tendenz auftauchen, die Tagung allgemein in den Wahlkampf der SPD einzubeziehen. Für die Bergarbeiter kommt es aber darauf an, ihren eigenen Standort zu umreißen und zu beschließen, wie die Forderungen jetzt und in der nächsten Zeit verwirklicht werden können. led

Wilhelm Biedorf, langjähriger Leiter des gewerkschaftseigenen Bund-Verlages, ist nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Die zuständigen Gremien des DGB haben diesen Anlaß genutzt, um eine Kooperation des Bund-Verlages mit der ebenfalls gewerkschaftseigenen Europäischen Verlags-Anstalt (EVA) herbeizuführen. So wurde der neue Geschäftsführer des Bund-Verlages, Tomas Kosta, zugleich Geschäftsführer der EVA. Deren Geschäftsführer, Lothar Pinkall, steigt gleichberechtigt mit Kosta als Geschäftsführer auch in den Bund-Verlag ein. — Diesen Veränderungen waren schon längere Zeit Gerüchte vorausgegangen, wonach in der DGB-Spitze einige Leute eine gewisse marxistische Buchproduktion der EVA mit zunehmendem Mißfallen betrachteten. Offensichtlich soll der als „Dubcek-Mann“ aus der CSSR in die Bundesrepublik übergewechselte Kosta hier etwas nach dem Rechten schauen.

Prof. Dr. Walter Fabian, früherer dju-Vorsitzender und Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ des DGB, wurde am 24. August 70 Jahre alt. Fabian hat sich in der Arbeiterbildung und durch sein konsequentes Auftreten gegen Krieg, Militarismus und die neonazistischen Gefahren in der Bundesrepublik einen Namen in den Gewerkschaften gemacht. In der Nazizeit emigrierte Fabian nach zweijähriger illegaler Tätigkeit über die Tschechoslowakei und Frankreich in die Schweiz. Dort gründete er zusammen mit anderen Emigranten den Schutzverband deutscher Schriftsteller im Ausland. Von 1957 bis 1970 war er verantwortlicher Redakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“; seit 1966 ist er Honorarprofessor der Universität Frankfurt.

Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, wurde kürzlich auf dem in Wien durchgeführten 10. ordentlichen Kongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes der Lehrer zu dessen Vorsitzenden gewählt. Diese gewerkschaftliche Organisation ist ein Berufssekretariat des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG).

Hans Matthöfer, SPD-Bundestagsabgeordneter und bisheriger Leiter der Bildungsabteilung in der Vorstandsverwaltung der IG Metall, hat eine andere Aufgabe in diesem Verwaltungsbereich bekommen. Er ist jetzt Abteilungsleiter für „besondere Aufgaben, Probleme der Entwicklungsländer und der internationalen Konzentrationsbewegung unter besonderer Berücksichtigung des Kapitalexports in Niedriglohnländer“, so heißt es im „Metall-Pressedienst“ vom 15. August 1972.

Götz-Dieter Nerlich, stellvertretender Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung „Metall“, geht als Sozialreferent an die westdeutsche Botschaft in Moskau.

### Unternehmer malen schwarz

Gegen die Schwarzmalerei der Unternehmer, die sich in der Öffentlichkeit als Sachwalter für Stabilität und sichere Arbeitsplätze gebärden, hat sich in der neuesten Ausgabe der Gewerkschaftszeitung „Metall“ der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, gewandt. Die Unternehmer spekulierten jetzt angesichts der bevorstehenden Tarifbewegung unverfroren auf ein kurzes Gedächtnis der Bevölkerung. Sie sprächen jetzt wieder von Unterschieden zwischen Erzeugerpreisen und Löhnen und drohten mit Aufgabe der Arbeitsplätze. In Wirklichkeit jedoch seien die Lohnkosten seit Herbst 1971 nicht mehr gestiegen, sondern zurückgegangen. Durch diese Schwarzmalerei solle versucht werden, die Öffentlichkeit gegen die Gewerkschaften zu mobilisieren.

# Primitiver Antikommunismus

## Heinz Ruhнау diffamiert aktive Gewerkschafter Ausbeutungsverhältnisse haben für ihn Ewigkeitswert

Hochtrabend und intellektuell tritt Helnz Ruhнау (SPD), Innensenator von Hamburg und ehemaliger Bezirksleiter der IG Metall, in einem Sonderdruck der Friedrich-Ebert-Stiftung (Betriebsratswahlen 1972) auf, um die Kommunisten in der Bundesrepublik zu verteuflern. Zu dem genannten Thema sagt Heinz Ruhнау nichts. Er muß zwar zunächst anerkennen, daß durch die „Neuformulierung der Kommunistischen Partei die innenpolitische Lage grundsätzlich verändert“ wurde. Und Ruhnaus erste Schlußfolgerung ist, daß eine verstärkte ideologische Diskussion zwischen dem „demokratischen Sozialismus“ und dem „Kommunismus“ geführt werden müsse.

Bekanntlich versteht sich die DKP als eine Arbeiterpartei, die in der Bundesrepublik die Klasseninteressen der Arbeiter vertritt und den Kampf gegen die Allmacht der Monopole mit dem Ziel führt, die Produktionsmittel in Gemeineigentum umzuwandeln. Die DKP will die Arbeiterklasse (80 Prozent der Bevölkerung) befähigen, in der Bundesrepublik Deutschland die politische Macht auszuüben, um den Sozialismus aufzubauen.

Heinz Ruhнау versucht eine These der Adenauer-Regierung, des damaligen Innenministers Lehr und des Herrn Ritter von Lex neu zu beleben, daß der Marxismus-Leninismus schon als Theorie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Damit erweist er sich als ein Gestriger, denn längst ist dieser alte Zopf abgeschnitten und nur die kältesten Krieger in der CDU/CSU, der NPD und der faschistischen Aktion Widerstand gebrauchen noch diese Argumente. Und natürlich noch das Amt für Verfassungsschutz sammelt fleißig Zitate von Lenin und drexelt sie in einen falschen historischen und sachlichen Zusammenhang hinein, nur um „beweisen“ zu wollen, die DKP, ihre Zielsetzung sei mit den Grundlagen „unseres Staates“ nicht vereinbar.

Besonders die Politik der DKP gegenüber den Gewerkschaften hat es Ruhнау angetan. Hier sieht er ganz finster. Weil ihm die Argumente fehlen, greift er zur Unwahrheit und behauptet, die Kommunisten gingen nicht davon aus, daß die Gewerkschaften in der kapitalistischen Gesellschaft eine eigenständige Aufgabe hätten, sondern sie wollten nur ihren Einfluß auf die Massen erweitern. Die DKP aber hat ihre Auffassung unterstrichen, daß die Gewerkschaften gesetzzmäßig im Kapitalismus entstanden sind und ihre Funktion zum Schutz der Arbeiter gegen die Willkür des Kapitals ausüben und nach Marx die Arbeiter dazu befähigen, für die Abschaffung der Ausbeutung zu kämpfen. Wenn die DKP dabei Vertrauen und Einfluß gewinnen wird, mag das für die Konzernbosse und Ruhнау ein Greuel, für die Arbeiter und Angestellten wird es sicher von Nutzen sein, wenn es eine starke

klassenmäßig orientierte Arbeiterpartei gibt.

Gerade die Erfahrungen der Weimarer Zeit, der Hitler-Diktatur, aber auch der Zeit seit 1945 beweisen die Notwendigkeit, daß Sozialdemokraten und

## Bekennnis zur Einheit

### Mahlein gegen primitive Gleichstellung von rechts und links

Es mehren sich die Versuche der Kräfte um Strauß und Springer, in „Bild“ und „Bayernkurier“, im Interesse der Monopolherren die kommunistischen Mitglieder und Funktionäre im DGB zu isolieren. Ihnen erteilte Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, eine scharfe Abfuhr. In „druck und papier“, dem Zentralorgan seiner Gewerkschaft, schrieb er unter anderem:

„Wo würden wir als Gewerkschaften, die sich nach wie vor zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft bekennen, denn hinkommen, wenn wir einer Parteibuchschneffelei Tür und Tor öffnen würden? Es sollte für uns in den DGB-Gewerkschaften nur einen Maßstab für Mitglieder und Funktionäre geben, egal ob sie ein Parteibuch in der Tasche tragen oder parteilos sind: Bist du ein guter Gewerkschafter? Vertrittst du konsequent die Interessen der Mitglieder? Bist du bereit, nach der Satzung und den Beschlüssen deiner Gewerkschaft zu handeln?“

Ein anderer Maßstab darf im Interesse der Einheit und Geschlossenheit unserer Gewerkschaftsbewegung nicht gelten. Das sollte auch Geltung haben für Mitglieder, die sich gegenwärtig zur DKP bekennen, solange sie sich im Rahmen der Satzungen, der Beschlüsse und der Zielsetzung der deutschen Gewerkschaften im Sinne des DGB-Grundsatzprogrammes bewegen.

Denn ich halte es einfach als Gewerkschafter für unwürdig, wenn wir die primitive Gleichstellung von rechts und links, von Faschismus und Kommunismus nach Herrn Springers Motto mitmachen. Ich halte es für unwürdig, weil sozialdemokratische, christliche und kommunistische Gewerkschafts-

Kommunisten gemeinsam handeln müssen, wenn gegen die herrschenden reaktionären Kräfte wesentliche Forderungen der Arbeiter durchgesetzt werden sollen. Das beginnt beim Kampf um höheren Lohn und geht bis zu gemeinsamen Regierungsprogrammen kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien, wie in Frankreich oder Chile.

Ruhнау wäre gut beraten, nicht seinen Eifer dazu zu verwenden, der äußersten Rechten antikommunistische Argumente zu liefern, sondern auf die sozialdemokratischen Genossen zu hören, die sich zu einem vernünftigen realistischen Verhalten zu den Kommunisten bekennen. Für die Gewerkschafter ist es schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden, daß die kommunistischen Kollegen kameradschaftlich mit ihren sozialdemokratischen Kollegen zum Nutzen der Arbeiterschaft und zur Stärkung der Gewerkschaften zusammenarbeiten.

J. Ledwohn

kollegen gemeinsam in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Hitlers schmachten und unter dem Beil faschistischer Henker ihr Leben lassen mußten; es nach unseren Erfahrungen einfach nicht zulässig ist, Staaten wie die Sowjetunion, Polen, Ungarn und andere mit den faschistischen Systemen Spaniens, Portugals und Griechenlands gleichzusetzen, wo sich die Herrschenden nur mit Terror und militärischer Gewalt an der Macht halten, ohne den geringsten Versuch zu unternehmen, den Interessen der Bevölkerung zu dienen, was den Regierenden in den sozialistischen Ländern, bei aller Problematik im einzelnen, nicht generell abgesprochen werden kann; wir selbst als Gewerkschaften — machen wir die Gleichsetzung von rechts und links zur Doktrin — völlig ungläubwürdig in unseren Bemühungen werden, normale und konkrete Beziehungen zu den Gewerkschaften in Osteuropa herzustellen.

Deswegen sagen wir ja zur Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Hüten wir diese wie unseren Augapfel und tun wir alles, um unsere Einheitsgewerkschaften zu stärken und ihre Reihen zu festigen. Klopfen wir aber auch all jenen auf die Finger — egal, woher sie kommen — die das kaputt machen wollen.

(Aus „druck und papier“, Nr. 13/72)

### Für mehr Steuern und „reformierte“ konzertierte Aktion Zu einem Interview mit der „Welt der Arbeit“

Helmut Schmidt hat sich in der „Welt der Arbeit“ Nr. 32/1972 den Gewerkschaftern vorgestellt. Er unterstrich dort deutlich, daß in unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur alles beim alten bleiben soll. Die „Politik der Marktwirtschaft“, die jetzige Gesellschaftsordnung, wird als „freieitliche Gesellschaftsordnung“, das Diktat der Monopole ebenso als „freieitliche“ Wirtschaftsordnung bezeichnet. Damit greift Schmidt die Schlagworte von Schiller auf, die auch die Schlagworte des CDU-„Wirtschaftswunderministers“ Erhard waren.

Wenn man die Amtszeit des CDU-Wirtschaftsministers Schmücker mit einbezieht, so ist die Kontinuität der kapitalistischen Wirtschaftspolitik gewahrt, die Unternehmer können beruhigt sein.

Was ist also von Helmut Schmidt zu erwarten? Nehmen wir die erkennbaren Absichten zur Steuerpolitik. Für Schmidt gibt es „keinen Zweifel“, die Steuern müssen in der nächsten Zeit erhöht werden, denn — so Schmidt — neue Kindergärten, Schulen, Straßen, Krankenhäuser müssen finanziert werden. Er verlangt kurz und bündig eine Erhöhung des Steueranteils am Brutto-sozialprodukt.

Laut „Süddeutscher Zeitung“ vom 4. August werden die Steuererhöhungen „relativ“ bald erfolgen. Hier ist anzumerken, daß die genannten öffentlichen Aufgaben durch Veränderung der Ausgabenpolitik innerhalb des 110-Milliarden-Etats finanziert werden können. Zum Beispiel der Rüstungs-etat könnte, gewerkschaftlichen Forderungen entsprechend, sofort erheblich gekürzt und Subventionen für die Konzerne gestrichen werden.

Helmut Schmidt als ehemaliger Minister für die Bundeswehr und Rüstung ist nicht der Mann, der an den Rüstungsetat rühren wird, ganz im Gegenteil. Er hat für den Etat 1972/73 merkliche Erhöhung durchgesetzt. Wer aber die Rüstungskosten belassen oder sogar noch steigern will, dem wird es immer an Geld für öffentliche Leistungen fehlen. So wie Helmut Schmidt offensichtlich der Mann der Konzernherren ist, ist er auch der Minister der Militärs.

In der „Neuen Ruhr-Zeitung“ vom 7. August 1972 ist Helmut Schmidt in der Steuerfrage sehr deutlich geworden. Mit dem Hinweis darauf, daß in der EWG unterschiedliche Mehrsteuerwertsätze bestehen, „fürchtet“ Helmut Schmidt, daß „... die EWG allein mit ihrem Schergewicht die Bundesrepublik Deutschland zwingen wird, ... auch die Mehrwertsteuern zu erhöhen“. Damit ist die Katze aus dem Sack. Wie CDU-Wirtschaftsminister Erhard und SPD-Wirtschafts- und Finanzminister Schiller, so will auch Schmidt nicht eine höhere Besteuerung der Konzerne und Privateinkommen

der Multimillionäre, sondern die Arbeiter und Angestellten noch stärker belasten.

Viele Gewerkschafter werden nachdenklicher geworden sein, als sie die Auffassungen Helmut Schmidts in ihrer Zeitung „Welt der Arbeit“ lesen konnten. Die Lohnpolitik ist das Kernstück der Gewerkschaftspolitik. Die Lohnpolitik der Gewerkschaften wurde in der Ära Schiller eingeeengt durch die sogenannte konzertierte Aktion. Die Kritik daran ist in den Gewerkschaften verständlicherweise gewachsen.

Die konzertierte Aktion aber soll weiter praktiziert werden. Jedoch Helmut Schmidt will sie „reformieren“. Erstens soll der Teilnehmerkreis kleiner gehalten werden, denn „bei einem so großen Kreis, wie wir ihn zuletzt hatten, ist keine vertrauensvolle Aussprache möglich“. Da ist wohl mehr Vertraulichkeit gemeint, Geheimhaltung, Absprachen, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben.

Helmut Schmidt bestätigt das ziemlich offen, indem er sich dafür einsetzt, künftig keine Communiqués über die Tagungen der „konzertierten“ Aktion mehr zu veröffentlichen. Es ist doch wohl eine Zumutung für alle Gewerkschafter, von ihren Funktionären zu erwarten, daß sie zu Geheimabsprachen mit den Unternehmervertretern im „vertraulichen“ kleinen Kreis zusammenkommen.

Zur Mitbestimmung hat sich Helmut Schmidt auch etwas ausgedacht, übrigens schon lange bevor er Nachfolger von Erhard, Schmücker und Schiller wurde. Die Mitbestimmung soll ein Wahlkampfthema der SPD werden. Sie, die Mitbestimmung, sei mit der „Marktwirtschaft und Wettbewerbsordnung“ hervorragend zu vereinbaren“. Offenbar betrachtet Helmut Schmidt die Mitbestimmung als eine „Mitarbeit“ von Arbeitern und Gewerkschaftlern am Unternehmensziel im Rahmen der „freien (kapitalistischen) Marktwirtschaft“.

Für die Arbeiter aber ist die Mitbestimmung ein Kampfmittel, um eigene Forderungen gegen die Eigentümer der Produktionsmittel durchzusetzen. Die Großunternehmer werden dem

Am 25. August beging Erich Honecker, Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, seinen 60. Geburtstag. In dem saarländischen Bergarbeiterort Wiebelskirchen geboren, fand Erich Honecker schon früh den Weg zur Arbeiterbewegung. Wegen seines konsequenten Kampfes gegen Hitlers Kriegspolitik wurde der junge Kommunist 1935 verhaftet und 1937 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Nach Beendigung des Krieges war Erich Honecker Vorsitzender der Freien Deutschen Jugend (FDJ) in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und heutigen DDR. Seit 1954 gehört er dem Zentralkomitee und dem Politbüro der SED an, 1971 wurde er zum Ersten Sekretär des ZK der SED gewählt. Die zahlreichen Glückwünsche, die ihn anlässlich seines 60. Geburtstages erreichten, galten dem Arbeiterführer, dessen Lebensziel nach seinen eigenen Worten lautet: „Alles zum Wohl der arbeitenden Menschen.“

Wirtschafts- und Finanzminister wohl laut Beifall spenden, wenn sie zur Kenntnis nehmen, er werde sich dafür einsetzen, daß in den paritätisch besetzten Aufsichtsräten der Vorstand der Unternehmen statt des „elften neutralen Mannes“ den Ausschlag geben soll. Schon der sogenannte „neutrale“ Mann ist als Institution mehr als fragwürdig.

Mit dem Schmidt-Vorschlag wäre die Unternehmenseite immer und zwar offen und unverhüllt auch formal entscheidungsfähig.

Und noch ein Wort zur Preispolitik des neuen Wirtschafts- und Finanzministers: Selbstverständlich sagt er, Preisstabilität sei ein erstrebenswertes Ziel. Aber leider sei die Welt nicht so! Die Wirtschaft der BRD sei international so verflochten, daß auf absehbare Zeit jedenfalls die inflationäre Entwicklung nicht gestoppt werden könne. So versteigt sich Helmut Schmidt zu der Feststellung, daß 5 Prozent Preisanstieg immer noch besser seien, als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

Für einen Gewerkschafter kann es diesen Fatalismus nicht geben, sondern nur den festen Willen, Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Der Nachfolger Schillers ist wohl nur richtig einzuschätzen im Zusammenhang mit den CDU-Wirtschaftsministern Erhard und Schmücker. Alle vier waren und sind sie dem System treu, dienen dem jetzigen herrschenden Wirtschaftssystem. Einer ist für die Arbeiter so schlecht wie der andere.

L.

# Ein profitables Geschäft

## Ausländische Arbeiter als zusätzliche Profitquellen Gemeinsamer Kampf gegen Unternehmerwillkür notwendig

In der Bundesrepublik waren Ende Juni 1972 genau 2 316 800 ausländische Arbeitskräfte — 1 641 100 Männer und 675 700 Frauen — tätig. An der Gesamtzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemessen, erreichte ihr Anteil 10,6 Prozent. In dieser Zahl sind die illegal angeworbenen und in Betrieben der BRD tätigen ausländischen Arbeiter nicht enthalten, die nach vorsichtigen Schätzungen 300 000 betragen sollen. Diese wiederum bringen, weil für sie keine Krankenversicherungs- und Rentenbeiträge gezahlt werden müssen, den Unternehmern noch zusätzlichen Gewinn.

Dieses Millionenheer von Arbeitern aus anderen Ländern ist ein charakteristisches Element für die staatsmonopolistische Entwicklung und Internationalisierung des kapitalistischen Arbeitsmarktes. Entsprechend seinen Verwertungsbedürfnissen durchbricht das Kapital die Schranken der Bevölkerungszunahme im eigenen Land und schafft sich durch die staatlich gelenkte Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das für seine ökonomische Expansion notwendige Arbeitskräftepotential.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ist für die Unternehmer ein profitables Geschäft. Die „Gastarbeiter“ werden im allgemeinen niedriger entlohnt als die inländischen Arbeiter und dienen den Unternehmern als billige Arbeitskräfte für wenig qualifizierte Arbeiten. Sie werden besonders in Zweigen mit arbeitsintensiver Produktionstechnik und im Dienstleistungssektor eingesetzt.

Das „Deutsche Industrieinstitut“ Köln stellte in seinen „Berichten zur Sozialpolitik“, Nr. 2/1972, S. 50, fest, daß durch die Anwerbung ein beträchtliches „gesamtwirtschaftliches Wachstum“ (und dementsprechendes Wachstum der Profite) erreicht wurde. Ohne den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte wäre, wie das DIJ feststellt, „die Entwicklung der Löhne stärker zu Gunsten der ungelerten Arbeiter verlaufen“.

Auch der Staatshaushalt weist erhebliche Gewinne aus der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte auf. Nach Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums entrichteten die Ausländer im Jahre 1971 Beiträge zur Rentenversicherung (einschl. des Unternehmeranteils) in Höhe von 5 Mrd. DM und trugen somit 17 Prozent zum Beitragsaufkommen bei. In der genannten Studie des Deutschen Industrieinstituts werden für den Zeitraum 1961/71 Einnahmen der Rentenversicherung durch Beiträge ausländischer Arbeitskräfte in Höhe von 20,1 Mrd. DM ausgewiesen, denen nur 700 Mio. DM Rentenleistungen gegenüberstehen.

Von 1961 bis 1970 haben die „Gastarbeiter“ allein in Baden-Württemberg

rund 8,8 Mrd. DM Steuern entrichtet. Andererseits wird z. B. im Bereich der Infrastruktur ein großer Teil der für die inländischen Arbeitskräfte notwendigen staatlichen Ausgaben eingespart, weil die ausländischen Arbeiter als Vollarbeitskräfte in die BRD kommen und nur im produktivsten Alter dort leben. So entstehen weder Heranbildungskosten noch nichtrentenbezogene Alterskosten (für Altersheime u. ä.).

In krassem Gegensatz zu ihrem Nutzen für die Monopolwirtschaft steht die rechtliche, soziale und politische Diskriminierung der ausländischen Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik. Das Ausländergesetz vom 28. April 1965 unterwirft diejenigen ausländischen Arbeiter, die nicht aus EWG-Mitgliedsländern stammen, nicht einer Rechtsordnung, sondern einer Polizeiordnung. Den Ausländerbehörden sind weitgehende Vollmachten eingeräumt, die es der Verwaltung gestatten, über die Aufnahme, die Aufenthaltsbedingungen und über die Ausweisung nach Gutdünken zu befinden.

In zahlreichen Unternehmen sind die ausländischen Arbeiter einem faktischen Arbeitszwang unterworfen, ein Arbeitsplatzwechsel ist vielfach unmöglich. Sucht sich der Arbeiter dennoch einen vorteilhafteren Arbeitsplatz, so kann mit diesem „Vergehen“ eine Ausweisung begündelt werden. Unter solchen Bedingungen sind die ausländischen Arbeitskräfte zahllosen Schikanen der Unternehmer ausgeliefert. Unter den verschiedensten Vorwänden werden sie von den Unternehmern in niedrige Tarifgruppen eingestuft. Bei Akkordlohn wird ihnen vielfach von vornherein ein ungünstiger Arbeitsplatz gegeben.

Die Arbeitszeitregelungen für ausländische Arbeiter (mit Wochenarbeitszeiten bis zu 80 Stunden) erinnern ebenfalls, wie die IG Chemie-Papier-Keramik feststellte, an „Ausbeutungsmethoden nach frühkapitalistischer Manier“. Auch dies ist eine Ursache der besonders großen Unfallhäufigkeit dieser Beschäftigten. Die Unfallquote betrug 1969 222 pro 1000 ausländische Versicherte, die der einheimischen Beschäftigten dagegen 88 Unfälle pro 1000 Versicherte.

„Gastarbeiter“ in der BRD bleiben in der Regel Hilfsarbeiter: Für mehr als 90 Prozent der berufsschulpflichtigen jungen ausländischen Arbeiter ist die Teilnahme am Berufsschulunterricht nicht gewährleistet. Die Unternehmer nutzen jede Gelegenheit zur Dispensierung, es fehlt an Lehrern, Räumen und Lehrmitteln. Katastrophal sind die Schulverhältnisse der Kinder ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik. Nach Schätzungen erhalten 300 000 von ihnen im schulpflichtigen Alter keine Schulausbildung und gehen zu einem erheblichen Teil der — offiziell verbotenen — Kinderarbeit nach.

Menschenunwürdige Wohnverhältnisse — die Diskriminierung wird hier besonders sichtbar — und die Verweigerung solcher Grundrechte wie der Versammlungsfreiheit, Feizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte nach Artikel 6 des erwähnten Ausländergesetzes machen deutlich, daß die „Gastarbeiter“ in der Bundesrepublik in allen Lebensbereichen erhöhter Existenzunsicherheit und vielfachen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Um sie besser überwachen zu können, wird ihnen die Aufenthaltserlaubnis grundsätzlich nur für ein Jahr erteilt.

Da nach Artikel 12 des Ausländergesetzes ein Ausländer die BRD auch ohne förmlichen Ausweisungsbefehl unverzüglich verlassen muß, wenn er keine Aufenthaltserlaubnis besitzt, bietet diese Vorschrift eine willkommene Handhabe, politisch fortschrittlich gesinnte Ausländer aus der BRD abzuschieben.

In dieses Bild paßt auch die Tatsache, daß das Auswärtige Amt in Bonn die Forderung des DGB nach Entfernung von neofaschistischen ausländischen Lehrkräften aus den Schulen und nach Schutz ausländischer Demokraten vor Abberufung durch ausländische Regierungen ablehnte.

Der Protest der demokratischen Kräfte gegen diese menschenunwürdige Behandlung und Diskriminierung wird erfreulicherweise immer stärker. Gewerkschaften und Betriebsräte fordern die Zusammenarbeit zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern, vertreten deren Interessen im Tarifkampf und fordern deren sozial-rechtliche Gleichstellung.

Bis 1980 prognostizieren Institute einen weiteren Anstieg der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik auf annähernd drei Millionen. Die dringend notwendige Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen betrifft direkt also nicht nur eine kleine Minderheit. Sie wirkt zudem indirekt auf die Möglichkeiten der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik ein, ihre sozialen Existenzbedingungen zu verbessern. Der gemeinsame Kampf der deutschen und ausländischen Arbeiter ist daher Voraussetzung der Sicherung ihrer gemeinsamen Klasseninteressen.

Dr. Tu.

# BetrVG: Aushöhlungsversuche

## Unternehmer wollen Informationsrechte aushöhlen Kampfanleitung Dr. Bächles im „Arbeitgeber“

Seitdem im Januar 1972 das neue Betriebsverfassungsgesetz in Kraft getreten ist, versuchen die Unternehmer durch massiven Druck in den Betrieben, durch propagandistische Äußerungen in der Öffentlichkeit und durch juristische Interpretationen wesentliche Rechte nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz zu beschneiden. Für die Gewerkschaften, Betriebsräte und die Arbeiter in den Betrieben muß es in diesen Monaten darauf ankommen, auch Interpretationsfragen als Machtfragen zu entlarven und die eigenen Rechtspositionen nicht nur zu verteidigen, sondern durch konsequente Auslegung im Interesse der Lohnabhängigen zu erweitern.

Bezeichnend für die Art, wie mit scheinbar neutralen juristischen Argumenten Interessen der Unternehmer vertreten werden und der Klassenkampf von oben geführt wird, ist zum Beispiel die Ausgabe des „Arbeitgebers“ Nr. 11/1972, in der zu wichtigen Fragen des neuen Betriebsverfassungsgesetzes Stellung genommen wird. Um den „Gefahren“ des neuen Betriebsverfassungsgesetzes zu begegnen, die in „einer übermäßigen Bürokratisierung und Reglementierung der unternehmerischen Handlungsfreiheit sowie in der Hemmung der betrieblichen Abläufe“ lagen, gibt Dr. Hans-Ulrich Bächle von der Daimler-Benz AG in Stuttgart den Unternehmern unter dem Slogan „Praktische Auswirkungen“ einige Ratschläge.

So regt er an, bei den personellen Einzelmaßnahmen „mit Hilfe einfach gestalteter Formulare“ dem Betriebsrat die notwendigen Angaben zu machen, was den Vorteil hätte, daß dem Personalwesen nicht sämtliche Arbeitsunterlagen entzogen würden. Außerdem sollten kleine Ausschüsse des Betriebsrats nach §§ 27 und 28 BetrVG in Kündigungs- und anderen Personalangelegenheiten gebildet werden. Er leitet aus § 2, der Bestimmung über die vertrauensvolle Zusammenarbeit, sogar eine Verpflichtung zur Bildung solcher Ausschüsse her.

Gegen beide Vorschläge sollte sich der Betriebsrat energisch zur Wehr setzen. § 99 BetrVG regelt eindeutig, daß nicht nur die erforderlichen Bewerbungsunterlagen vorzulegen sind, sondern daß darüber hinaus der Unternehmer alle wesentlichen Auskünfte über die Personen und die Auswirkungen der Maßnahmen zu geben hat. Eine formularmäßige Abwicklung — wobei die Formulare womöglich noch von der Personalabteilung entworfen werden — von Betriebsratsangelegenheiten sollte in jedem Fall sehr kritisch überprüft werden.

Auch gegen das Ansinnen, Unterausschüsse zum Betriebsausschuß nach § 28 zu bilden, sollte der Betriebsrat eintreten. Je kleiner die Ausschüsse und je zersplitterter die Kompetenzen sind, desto mehr wird der Betriebsrat

geschwächt. Außerdem stellt es § 28 in das Ermessen des Betriebsrats, wann Unterausschüsse gebildet werden. Die Unternehmenseite hat nach dem eindeutigen Wortlaut des Betriebsverfassungsgesetzes auf diese Entscheidung keinen Einfluß.

Um die vorgesehenen Unterrichts- und Beratungsrechte bei Personal- und Sachplanungen nach den §§ 90 und 92 BetrVG einzuschränken, schlägt Dr. Bächle vor, den Betriebsrat „in mehreren Etappen“ je nach Stand der Planung zu unterrichten. Außerdem ließen sich mit der Argumentation, von einer Planung könne nur gesprochen

werden, „wenn der Arbeitgeber bereits eigene konkrete Vorstellungen habe“, ebenfalls die Informationsverpflichtungen der Unternehmenseite einschränken.

In der Praxis könnten die Vorschläge Dr. Bächles — die etappenweise Unterrichtung und die Einschränkung des Begriffes „Planung“ — zu einem beliebigen Mittel werden, dem Betriebsrat umfassende, d. h. rechtzeitige und vollständige Informationen vorzuenthalten und damit wirksame Gegenmaßnahmen zu erschweren. Hier ist äußerste Wachsamkeit geboten.

Wie nicht anders zu erwarten, setzt sich Dr. Bächle für eine Verstärkung der Individualrechte im Interesse der Unternehmer ein. Er verweist darauf, daß heute bereits in „modern geführten“ Unternehmen Personalgespräche und Akteneinsicht selbstverständlich seien, um ein „häufig unterschwellig vorhandenes Mißtrauen abzubauen“. Vor allem soll der einzelne Mitarbeiter erkennen lernen, „welche Verantwortung er durch seinen Beitrag für die Qualität und Quantität des Produktes trägt“. Es wird auch zu den Hauptaufgaben eines guten Betriebsrates gehören, zwar auf Ausnutzung der Individualrechte zu dringen, gleichzeitig aber die damit verbundenen spalterischen Versuche zu entlarven und zurückzuweisen. B. Degen

## Unsoziale Maßnahmen

### AFG zerstört Basis der Arbeitslosenversicherung Unternehmer sollen berufliche Umschulung finanzieren

In den NACHRICHTEN wurde schon mehrfach nachgewiesen, daß mit dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG) die Beiträge und Mittel der Arbeitslosenversicherung zweckentfremdet verausgabt werden. Mit einer Bilanz, die die Bundesanstalt für Arbeit jetzt, nachdem das AFG drei Jahre lang praktiziert wurde, veröffentlicht hat, wird das bestätigt. Trotz Vollbeschäftigung in diesen drei Jahren, ist das Haushaltsvolumen der Bundesanstalt, das 1968 und 1969 unter drei Milliarden DM lag, auf über 3,9 Milliarden DM 1970, fünf Milliarden DM 1971 auf 5,4 Milliarden DM in diesem Jahr gestiegen. Für 1973 wird mit 6,8 Milliarden DM gerechnet.

Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung sind in diesen Jahren um keinen Pfennig erhöht worden. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung, der früher auch in den günstigsten Konjunkturlagen den größten Ausgabenposten der Bundesanstalt darstellte, ist aber inzwischen auf 20 Prozent der Gesamtausgaben zurückgegangen. Dagegen sind die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik (das betrifft insbesondere Aus-, Um- und Fortbildungsmaßnahmen, Aufgaben also, die aus den öffentlichen Haushalten, nicht aber von der Arbeitslosenversicherung finanziert werden müßten), die 1968 nur 7,8 Prozent des Etats der Bundesanstalt ausmachten, auf 40 Prozent in die Höhe geschneilt.

Als Folge dieses Ausgabenbooms sind die Rücklagen der Bundesanstalt, die Ende 1968 noch 5,85 Milliarden DM betragen, auf etwa 3,8 Milliarden DM bis Ende dieses Jahres zusammengeschrumpft. Nach den gesetzlichen Bestimmungen müßten sie gegenwärtig 10 Milliarden DM betragen. So wird denn bei der Bundesanstalt erwogen, entweder erneut den Beitrag zu erhöhen, der erst zum 1. Januar d. J. von 1,3 auf 1,7 Prozent angehoben wurde, oder entsprechend einem Vorschlag des DGB (!) neben dem Beitrag zur Arbeitslosenversicherung, der dann gesenkt werden könnte, eine weitere „Arbeitsmarktabgabe“ einzuführen. Diese Abgabe soll von allen Beschäftigten erhoben werden. Ein weiterer Vorschlag ist, die Beamten in die Bei-

# Arlarmierende Ergebnisse

**50 000 Verstöße gegen Jugendarbeitsschutzgesetz  
DGB schätzt die Zahl auf über eine Million jährlich**

Jahr für Jahr werden von den amtlichen Behörden zirka 50 000 Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz registriert. Davon werden nur 5 bis 6 Prozent geahndet, meist mit lächerlich geringen Strafen. Doch das wirkliche Ausmaß dieser Verbrechen an der arbeitenden Jugend wird mit den offiziellen Zahlen eher verschleiert als aufgedeckt: der DGB schätzt die Zahl der Verstöße auf über eine Million pro Jahr.

Den schlüssigsten Beweis für diese DGB-Angaben lieferte eine Repräsentativerhebung des Ausschusses für Jugendarbeitsschutz beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen. Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß 41,8 Prozent der Auszubildenden regelmäßig länger als acht Stunden an einem oder mehreren Tagen in der Woche arbeiten müssen. (Das Jugendarbeitsschutzgesetz begrenzt die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden.) Bei 11,4 Prozent der Auszubildenden werden die Pausenhöchstabstände überschritten, in 22,6 Prozent der untersuchten Fälle die vorgeschriebenen Pausenzeiten nicht eingehalten.

Weitaus größer ist die Zahl der Verstöße gegen die Vorschriften über Wochenendarbeiten. Hier wurden die Bestimmungen bei 35 Prozent der Auszubildenden nicht beachtet. Bei den Lehrlingen unter 16 Jahre wurde die gesetzlich vorgeschriebene Höchstarbeitszeit von 40 Stunden in 36,8 Prozent aller Fälle überschritten, bei den Auszubildenden über 16 Jahre die wö-

chentliche (monatliche) Höchstarbeitszeit von 44 bzw. 176 Stunden in 16,9 bzw. 14,4 Prozent.

Von den befragten Lehrlingen erklärten 16,1 Prozent, daß sie ein- oder mehrmals die Berufsschule wegen Arbeit im Betrieb nicht besuchen durften. Außerdem wurde an Berufsschultagen die Arbeitszeit bei 10,3 Prozent der untersuchten Fälle überschritten. Bezogen auf die Zahl der Betriebe, in denen Akkord- und Prämienlohnsysteme bestehen, müssen 22,6 Prozent der Befragten verbotene akkordähnliche Arbeiten verrichten.

Auch die Urlaubsvorschriften wurden, wie die Untersucher bei den Auszubildenden im zweiten und dritten Lehrjahr feststellten, bei 5,5 Prozent nicht eingehalten. 12,8 Prozent gaben an, vor Beginn der Lehrzeit nicht ärztlich untersucht worden zu sein. Welch große Bedeutung jedoch eine solche Untersuchung hat, wird daraus ersichtlich, daß 11,1 Prozent der untersuchten Jugendlichen die Frage bejahten, ob der Arzt für sie bestimmte Tätigkeiten verboten habe. 29,4 Prozent

tragszahlung einzubeziehen, obwohl diese in der Regel nie in die Verlegenheit kommen, Ansprüche bei der Arbeitslosenversicherung zu stellen.

Es gibt keinen Zweifel, die von der Bundesanstalt erwogenen Maßnahmen sind unsozial. Zunächst ist überhaupt nicht ersichtlich, aus welchem Grunde aus den Beiträgen der Arbeiter und Angestellten eine Rücklage in dem gewaltigen Umfang von 10 Milliarden DM gebildet werden muß. Erfahrungsgemäß werden solche Rücklagen vor allem vom Staat zur Finanzierung seiner von Jahr zu Jahr steigenden Staatsausgaben benutzt oder stehen den großen Konzernen als Investitionsgelder zur Verfügung.

Grundsätzlich aber sollten Arbeiter und Angestellte nur Beiträge zur Sicherung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung entrichten. Dazu bedarf es, wie die Entwicklung der Finanzen der Bundesanstalt zeigt, kei-

ner Beitragserhöhung. Die Beiträge könnten im Gegenteil gesenkt werden.

Es ist darum unverständlich, wenn der DGB-Bundesvorstand vorschlägt, mit einer „Arbeitsmarktsgabe“ die Arbeiter und Angestellten zusätzlich zu belasten. Einen besseren Weg hat hier der Landesbezirksvorstand Hessen in einem Antrag zur Finanzierung der beruflichen Fortbildung und der Umschulung an den 8. HBV-Gewerkschaftstag aufgezeigt. Der Antrag fordert die Finanzierung der beruflichen Fortbildung und Umschulung durch Abgabe der Unternehmer an einen Rationalisierungsschutzfonds.

Die Arbeiter und Angestellten sollten sich energisch dagegen zur Wehr setzen, daß sie immer mehr mit Ausgaben belastet werden, die sie nicht zu verantworten haben und die nicht in den Bereich der Sozialversicherung, sondern der allgemeinen öffentlichen Aufgaben des Staates fallen. A. B.

im 2. bis 4. Lehrjahr wurden nicht nachuntersucht.

Noch höher ist die Zahl der Verstöße bei Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, die als ungelernete oder angelehrte Hilfsarbeiter für die von der CDU/CSU verursachte Bildungsmisere büßen müssen. Hier wurden bei 38,3 Prozent die Gesamtpausenzeitvorschriften nicht eingehalten. 8,8 Prozent wurden an der Teilnahme am Berufsschulunterricht gehindert. Bei 44,1 Prozent wurden Verstöße gegen die Akkordvorschriften festgestellt. Wie die Untersuchung ergab, betrug die Quote der Verstöße gegen die Bestimmungen über die ärztliche Erst- bzw. Nachuntersuchung 22,1 und 37,7 Prozent. 11,5 Prozent der Jugendlichen erhielten nicht den ihnen zustehenden Urlaub.

Wie die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, wird in einem zum Teil erheblichen Umfang gegen alle Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes verstoßen. Das ist besonders im Fleischart- und Bäckerhandwerk sowie im handwerklichen Dienstleistungsgewerbe und im Einzelhandel der Fall. Jedoch auch die Großunternehmer haben den geringsten Anlaß, sich fingerzeigend von jeder Schuld freizusprechen: Erstens sind sie es, die den Druck ausüben, der das Handwerk zur falsch verstandenen Mittelstandsanierung durch Lehrlinge zwingt, und zweitens zeigt die Untersuchung, daß auch in Großbetrieben das Jugendarbeitsschutzgesetz nicht immer eingehalten wird.

Staat und Großunternehmer zeigen sich in den letzten Jahren interessierter, die schlimmsten Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen einzudämmen, weil sie ihren langfristigen Profitinteressen widersprechen und sie dem wachsenden Protest der Arbeiterjugend die Spitze brechen wollen. Grundlegende Verbesserungen werden sich die jungen Arbeiter in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeiterjugend selbst erkämpfen müssen. Grundlage dafür kann unter anderem ein Beschluß der 8. Bundesjugendkonferenz des DGB sein, in dem die Gewerkschaftsjugend eine wirksame Reform des Jugendarbeitsschutzgesetzes fordert, „das jedem jugendlichen Arbeitnehmer und Auszubildenden Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung gewährt, einen vorbeugenden und arbeitsbegleitenden Gesundheitsschutz garantiert, seine intellektuelle und gesellschaftliche Entwicklung und Entfaltung ermöglicht wie auch ein autonomes Recht auf Freizeit sichert“.

Für die aktuellen Auseinandersetzungen heißen die Forderungen: Schärfste Überwachung der Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und strenge Bestrafung aller derjenigen, die die geltenden Gesetze nicht einhalten. Für den Herbst hat die Gewerkschaftsjugend bereits Schwerpunktaktionen angekündigt.

Wolfgang Bartels

# Neue Mieterhöhungen

## Bodenspekulation und Mietwucher enthüllen den Charakter der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

Millionen Arbeiter, Angestellte, Beamte und Rentner der Bundesrepublik müssen seit dem 1. Juni oder Juli wieder mehr Miete zahlen. Das ist die Folge einer Verordnung, mit der Bundesregierung und Bundesrat die Beträge für Verwaltungs- und Instandhaltungskosten heraufgesetzt haben. Auch Vermieter, die seit Jahr und Tag nichts an den von ihnen vermieteten Häusern machen lassen, kassieren nun kraft dieser Verordnung von ihren Mietern mehr Geld für gar nicht entstandene Instandhaltungskosten.

Die letzte Lohn- und Gehaltserhöhung, wie auch die diesjährige Rentenanpassung um nur 6,3 Prozent ist damit für nicht wenige Arbeiter und Angestellte, vor allem aber Rentner allein durch die amtlich verordneten Mieterhöhungen aufgezehrt und zunichte gemacht, von den übrigen Preissteigerungen ganz zu schweigen! Das nennt sich dann „soziale Marktwirtschaft“! Der Hinweis auf das Wohngeldgesetz nützt vielen der von diesen Mieterhöhungen Betroffenen überhaupt nichts. Selbst wenn ihr Einkommen die im Wohngeldgesetz für den Bezug eines Mietzuschusses festgelegten Einkommensgrenzen nicht erreicht, führt trotzdem nicht jede Mieterhöhung automatisch zu einem höheren Mietzuschuß.

Erstens wird während des Zeitraumes, für den der Mietzuschuß bewilligt ist (in der Regel ein Jahr), dieser nur dann erhöht, wenn die Miete um mehr als 15 Prozent gestiegen ist. Zweitens enthält das Wohngeldgesetz Höchstbeträge für Miete, die bei der Berechnung des Mietzuschusses im Höchstfall berücksichtigt wird. Und schon jetzt überstiegen auch für nicht wenige der „Sozialwohnungen“ die Mieten diese Höchstbeträge! Das heißt, daß in diesen Wohnungen wohnende Arbeiter und Rentner jede Mieterhöhung selbst voll tragen müssen, auch wenn sie nach der Höhe ihres Einkommens zum Bezug des Mietzuschusses berechtigt sind und ihn schon beziehen.

Dabei ist ein Ende der Mietsteigerungen nicht abzusehen. Alle Maßnahmen der SPD/FDP-Bundesregierung haben keinen grundlegenden Wandel auf dem Wohnungsmarkt geschaffen. Die Boden- und Baupreise klettern weiter, die Hypotheken werden teurer. Trotz der katastrophalen Lage auf dem Wohnungsmarkt hat der „Rotstift“ den Wohnungsbau-Etat nicht verschont.

Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt enthüllt deutlich den unsozialen Grundcharakter der großkapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in deren Mittelpunkt der Profit, die maßlose Bereicherung der großen Kapitalbesitzer steht. Genau entgegengesetzt ist die Situation und Entwicklung in der sozialistischen DDR, in der das Wohl der arbeitenden Menschen Ausgangspunkt aller

staatlichen und wirtschaftlichen Maßnahmen ist.

Die Wohnung, eine der elementaren Lebensgrundlagen für den Arbeitenden und Rentner ist in der DDR kein Profitobjekt für Bank- und Versicherungskonzerne und kapitalistische Spe-

### Heftige Kritik an Meany

Der 77jährige Präsident des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO, Georges Meany, ist im eigenen Gewerkschaftslager unter heftigen Beschuß geraten. Ursache der Kritik, die möglicherweise zu seiner längst fälligen Pensionierung führen kann, ist der von ihm gegen großen Widerstand im AFL/CIO-Exekutivrat durchgesetzte Beschluß, den Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, McGovern, nicht zu unterstützen. Bisher war es Tradition der amerikanischen Gewerkschaften, die Demokratische Partei zu unterstützen.

McGovern, der — hauptsächlich aus wahltaktischen Gründen — ein imposantes Sozialprogramm und insbesondere seine Absicht verkündete, binnen 90 Tagen nach Amtsantritt alle US-Truppen aus Vietnam abzuziehen, ist dem vor lauter antikommunistischen Emotionen bornierten Meany suspekt geworden. Nach den Worten Meanys, der den US-Gewerkschaftsbund gängelt wie ein mittelalterlicher Monarch seine Untertanen, ist McGovern wegen seiner politischen Ziele gefährlich für Amerika und nicht so auf die Stärke der USA bedacht wie Nixon. Wenige Tage nach dem Anti-McGovern-Beschluß Meanys ging der Gewerkschaftsführer demonstrativ mit Nixon Golf spielen.

Mehrere der 17 Einzelgewerkschaften, die dem Verband AFL/CIO angehören, haben bereits angekündigt, daß sie nicht daran dächten, von der traditionellen Unterstützungen der Demokratischen Partei bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen abzugehen.

kr.

kulanten. Für die Mieter der DDR gibt es eine absolute soziale Sicherheit in ihrer Wohnung durch gesetzlichen Mietstopp und Kündigungsschutz. Durch den gemeinsamen Beschluß des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR vom 27. April des Jahres wurden die Mieten für nach dem 1. Januar 1967 bezogenen Neubauwohnungen für alle Arbeiter, Angestellte und Genossenschaftsbauern mit einem Brutto-Familieneinkommen bis zu 2000 Mark im Monat auf 0,80 bis 1,25 Mark je Quadratmeter festgesetzt. Die Mieten für Altbauwohnungen sind noch geringer. Arbeiter, Angestellte und Rentner der DDR brauchen eine Steigerung ihrer Miete oder Kündigung ihrer Wohnung nicht zu befürchten.

In dem vom 9. Bundeskongreß beschlossenen neuen Aktionsprogramm des DGB wird auch für die Bundesrepublik ein besseres soziales Miet- und Bodenrecht gefordert. Ein sozialverpflichtetes Bodenrecht soll der Spekulation jeden Boden entziehen, der soziale Wohnungsbau stärker als bisher gefördert werden. Die Forderungen, die die DKP in ihren „sozialpolitischen Vorschlägen“ zur Sicherung der Wohnung und für ein soziales Mietrecht entwickelt hat, stimmen in ihrer Grundtendenz mit den Vorstellungen des DGB-Aktionsprogramms überein. Sie sind aber konkreter und weitergehend. So werden als Sofortmaßnahmen ein sofortiger Mietstopp, die Einführung eines wirksamen Mieterschutzes, eine gesetzliche feste Obergrenze für Mieten, die Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau, die Verbesserung des Wohngeldgesetzes, die Bestrafung des Wuchers mit Boden, Wohnungen und Mieten, die Mitbestimmung der Mieter und die Beseitigung der Notunterkünfte und Obdachlosenasyle gefordert.

Im Rahmen einer von der DKP angestrebten grundlegenden sozialen und demokratischen Reform des Wohnungsmarktes soll jede Spekulation, jeder Wucher, jede Willkür und jede Ausbeutung mit dem Gut Wohnung unterbunden, der privatkapitalistische große Wohnbesitz in genossenschaftliches Eigentum der Mieter oder in andere gemeinnützige Formen überführt und eine Sozialmiete eingeführt werden, die 12 Prozent vom Nettoeinkommen des Hauptverdieners einer Familie nicht übersteigt.

Noch so gute Vorschläge und Forderungen können aber nicht mehr sein, als Orientierung und Alternative, wie für alle Arbeiter, Angestellten und Rentner ein wirklich soziales Mietrecht geschaffen werden kann. Es durchzusetzen, dazu bedarf es der vielfältigen Initiativen, beginnend bei Widerstandsaktionen der Mieter gegen Mietsteigerungen und Wohnungskündigungen, bis zu umfassenden Aktivitäten für ein soziales Mietrecht.

A. Böpple

# Wo ein Schlosser Chef wird . . .

## Um den Wirtschaftsplan wird oft hart gerungen Einzelleitung und Mitbestimmung in der DDR

In der DDR wird gegenwärtig, wie man in den Betrieben sagt, die Planrunde 73 gedreht. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe für die Gewerkschaftsleitungen. Sozialistische Demokratie ist — das bestätigt sich hier — eine Sache, die der Vertretung der Arbeiterinteressen breiten Raum gibt, andererseits aber auch die Bereitschaft verlangt, daß Gewerkschaftsleitungen und Mitglieder Kraft und Zeit investieren, damit der verbindliche Plan des Betriebes für das kommende Jahr als Ergebnis demokratischer Willensbildung zustandekommt. Darüber berichtet unser DDR-Korrespondent Claus Friedrich.

Natürlich geht die Plandiskussion nicht bilderbuchmäßig glatt, das ist schon von der Sache her nicht zu erwarten. Probleme, mit denen sich die Gewerkschaften auseinandersetzen müssen, ergeben sich z. B. daraus, daß manche Wirtschaftsleiter die in den Gewerkschaftsgruppen und Arbeitskollektiven zu erörternden Planentwürfe nur global, nicht auf das jeweilige Kollektiv zugeschnitten, unterbreiten, so daß die einzelnen Kollegen der betreffenden Bereiche nur schwer oder kaum erkennen können, welche Aufgaben 1973 zu erfüllen sind. Das hindert die Initiative, die vorgeschlagenen Planziele zu übertreffen, zielbewußt Reserven aufzudecken und die Möglichkeiten des Betriebes im eigenen und im gesellschaftlichen Interesse auszuschöpfen.

Auch gab es Leiter, die dem Planteil Arbeits- und Lebensbedingungen nicht die gebührende Bedeutung beimaßen und ihn lediglich als Anhängsel der ihnen viel wichtiger erscheinenden Produktivitäts- und Kostenprobleme behandelten. Selbstverständlich läßt das keine wachsame Gewerkschaftsleitung zu.

Im volkseigenen Betrieb Elektrokohle in Berlin mußte die Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) z. B. die Vorlage dieses Planteils fordern, und der von der Werkleitung präsentierte Entwurf war dann so oberflächlich, daß ein neuer Entwurf verlangt werden mußte. Auch dieser mußte binnen einer halben Stunde nach Vorlage als ungenügend von der Werkleitung wieder zurückgenommen werden. Der dritte Entwurf war immerhin eine Diskussionsgrundlage.

Wir schildern diesen (als besonders krasses Beispiel ungenügender Arbeit einer Werksleitung nicht charakteristischen) Fall deshalb, weil manche Leute, die dem realen Sozialismus gerne etwas am Zeuge flicken wollen, mit dem Argument hauserien gehen, daß in der DDR-Wirtschaft das Prinzip der Einzelleitung gelte und das Wirken dieses Prinzips die Mitbestimmung einschränke oder aufhebe.

Friedrich Engels hat sich vor nunmehr 99 Jahren (1873) in einem Aufsatz („Von der Autorität“) mit diesen

Fragen beschäftigt und gezeigt, wie mit der Entwicklung der modernen Industrie „die kombinierte Tätigkeit, die Komplizierung voneinander abhängiger Prozesse an die Stelle der unabhängigen Tätigkeit der Individuen“ tritt. Wer aber kombinierte Tätigkeit sagt, sagt Organisation, erklärte Engels, um hinzuzufügen, daß Organisation ohne Autorität, also ohne Leitung und ohne Unterordnung unter einen einheitlichen Willen, nicht möglich ist.

Auch im Hinblick auf sozialistische Produktionsverhältnisse schrieb Engels: „Die Autorität in der Großindustrie abschaffen wollen, bedeutet die Industrie selber abschaffen wollen; die Dampfspinnerei vernichten, um zum Spinnrad zurückzukehren.“ Den Ausweg sah Engels natürlich nicht darin, sondern in der Möglichkeit, die „Autorität auf jene Grenzen zu beschränken, in denen die Produktionsbedingungen sie unvermeidlich machen...“

Diesen Erkenntnissen folgt auch das sozialistische Arbeitsrecht in der DDR, indem es einerseits die Verantwortung des Leiters für Ordnung und Disziplin zur Erfüllung der betrieblichen Aufgaben hervorhebt. Zugleich wird der Leiter jedoch als „Beauftragter der Arbeiter- und Bauern-Macht“ charakterisiert, der sich in der Wahrnehmung seiner Verantwortung auf die kollektive Beratung und auf die Werktätigen zu stützen hat (§§ 1 und 3 Gesetzbuch der Arbeit). Dabei wird unterstrichen, daß er vor allem Leiter eines Kollektivs werktätiger Menschen ist und eine kameradschaftliche und wie die sachlichen Bedingungen für die Erfüllung der Aufgaben gewährleisten und darüber auch Rechenschaft geben muß.

Rechtsgrundsatz ist ferner, daß der Betriebsleiter eng mit der Betriebsgewerkschaftsorganisation und ihrer Leitung zusammenzuarbeiten hat und ihr berichtserstattungspflichtig ist. Die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen haben das Recht, in allen wesentlichen Fragen der Leitung und Planung mitzuwirken. Sie können bei mangelhafter Erfüllung der Aufgaben durch den verantwortlichen Leiter verlangen, daß dieser zur Rechenschaft ge-

zogen wird (§ 12 Abs. 3 GBA). Hinzu kommt, daß das Recht auf Arbeit in der DDR für jeden Werktätigen ausdrücklich das Recht auf „schöpferische Mitwirkung“ an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft einschließt (§ 2 GBA).

Wie verhält sich zu diesem Recht des einzelnen, das er in der Gewerkschaftsversammlung, in der Produktionsberatung, in der „Planrunde“ usw. durch seine Vorschläge und Kritik realisiert, das Prinzip der Einzelleitung? Ist er dadurch einer „Allmacht“ des Leiters ausgesetzt? Das Vorhergesagte läßt dieser Annahme keinen Raum, auch wenn der Leiter entsprechend dem Prinzip der Einzelleitung ein Weisungsrecht besitzt.

Erstens besteht dieses Weisungsrecht im Rahmen gesetzlicher Bestimmungen, die es im Sinne der Bemerkungen von Engels klar begrenzen. Zweitens schließt es die Mitwirkung der Werktätigen bei der Vorbereitung und Auswahl der zu erteilenden Weisungen ein. Durch diese Kollektivität in der Entscheidungsfindung werden entscheidende Voraussetzungen für eine bewußte und freiwillige Einhaltung der Weisungen geschaffen.

Es entspricht der Verantwortung der Werktätigen und der Gewerkschaftsleitung für die Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit, wenn sie den Inhalt der Weisungen aus gesamtgesellschaftlicher Sicht kontrollieren und gegebenenfalls Bedenken erheben. „Sie können sich mit allen zulässigen Mitteln betrieblicher, überbetrieblicher und außerbetrieblicher Kritik gegen ihnen unzumutbar und unzulässig erscheinende Weisungen wenden“, hat das Oberste Gericht der DDR in einem Urteil hervorgehoben.

In bestimmten Fällen steht dem Werktätigen das Recht und die Pflicht zur Weisungsverweigerung zu. Diese Pflicht ergibt sich für ihn aus seiner Pflicht zur Wahrung der sozialistischen Arbeitsdisziplin und der sozialistischen Gesetzlichkeit. Die Werktätigen haben das Recht und die Pflicht, Weisungen, die den Rechtsvorschriften widersprechen oder bei deren Durchführung eine gesundheitliche Schädigung für den Werktätigen bzw. andere Personen eintreten könnte, nicht zu befolgen. Wo immer dieses Recht in Anspruch genommen wird, muß die BGL zum frühestmöglichen Zeitpunkt an der Klärung dieser Konfliktsituation beteiligt werden und sie notfalls vor der Konfliktkommission des Betriebes behandeln und regeln lassen.

Aus alledem ist ersichtlich, daß es unter sozialistischen Produktionsverhältnissen bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Einzelleitung keinen absoluten Gegensatz zwischen ihr und der Mitbestimmung und dem Recht des einzelnen Werktätigen gibt. Dieser Gegensatz existiert nur in den Köpfen antikommunistischer Ideologen.

# IBFG steckt in der Krise

## Europäischer Bund freier Gewerkschaften umstritten Internationale Solidarität erfordert gemeinsames Handeln

Der im Juli 1972 in London stattgefundenen 10. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) verfolgte eine militant-antikommunistische Grundtendenz. Damit bemühte man sich, die 1969 wegen der Ostkontakte einiger westeuropäischer Gewerkschaften aus dem IBFG ausgetretenen USA-Gewerkschaften (AFL—CIO) zum Wiedereintritt zu bewegen. (Vergl. NACHRICHTEN 8/72, Seite 3) Die tiefe Krise, in der sich der IBFG befindet, offenbarte sich auch in der Kritik an dem organisatorisch vom IBFG unabhängigen Europäischen Bund Freier Gewerkschaften (EBFG). Andererseits wurde sichtbar, daß die Herausforderung des internationalen Kapitals in Form der multinationalen Konzerne eine Neuorientierung des IBFG erfordert, die auf gemeinsames Handeln und Zusammenarbeit ausgerichtet ist.

Die in London geführten Auseinandersetzungen zwischen IBFG und EBFG haben eine Vorgeschichte. Bis Ende 1969 gab es, wie auch heute noch für andere Gebiete, eine europäische Regionalorganisation des IBFG. Diese hatte sich am 31. Dezember 1969 aufgelöst, und an deren Stelle schufen die dem IBFG angehörenden Gewerkschaften der sechs EWG-Länder einen selbständigen Europäischen Bund Freier Gewerkschaften (EBFG). Außerdem gründeten die IBFG-Gewerkschaften der Staaten der Europäischen Freihandelszone (EFTA) einen Gewerkschaftsausschuß der EFTA.

Mit dem geplanten Beitritt von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen zur EWG haben die Führungen der größten IBFG-Gewerkschaften Westeuropas Initiativen entwickelt, den EBFG zu erweitern und neu zu gründen. Nach Vorgesprächen im Juni 1971 in Frankfurt und im November des gleichen Jahres in Oslo soll nunmehr am 30. Oktober und 1. November 1972 in Brüssel der Gründungskongreß des (erweiterten) EBFG stattfinden. Die Initiatoren bemühen sich, daß alle IBFG-Gewerkschaften Europas — auch der aus jenen Ländern, die nicht der EWG angehören — sich dem EBFG anschließen.

Obwohl während des IBFG-Kongresses der Termin für den Gründungskongreß für den (erweiterten) EBFG noch nicht feststand, stieß dieses Projekt auf die Kritik zahlreicher Delegierter aus den Entwicklungsländern. Mehrere Redner aus Asien und Afrika sprachen sich gegen den EBFG aus, weil die Gefahr bestünde, daß damit ein „Klub der Reichen“ entstehe, der den Spaltplatz für den IBFG in sich trage. Ferner könnten die Bestrebungen des EBFG, zu Gewerkschaften des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) Beziehungen aufzunehmen, eine „negative Rolle“ für andere Erdteile haben. Scharf gegen den EBFG wandte sich auch der zum Ende des Kongresses als Nachfolger für den zurückgetretenen Italiener Bruno Storti zum IBFG-Präsidenten gewählte Kanadier McDonald. Er befürchtete eine „Kettenreaktion in der westlichen Hemi-

sphäre“, die zu einer Spaltung des IBFG beitragen könnte und die Rückkehr der USA-Gewerkschaften AFL-CIO erschweren könne.

Delegierte der europäischen Gewerkschaften bemühten sich diese Bedenken zu zerstreuen, in denen sie ihre Loyalität zum IBFG bekundeten und voraussagten, daß der EBFG eine Stärkung der „Weltorganisation“ bedeuten würde. Es sei jedoch eine praktische Notwendigkeit, eine vom IBFG satzungsmäßig unabhängige europäische Organisation zu schaffen, um eine gemeinsame Politik im Rahmen der EWG betreiben zu können.

Allerdings zeigten sich bei den Spitzen der europäischen Gewerkschaften für den EBFG unterschiedliche Motivationen. Auf der einen Seite ging es Heinz Oskar Vetter vom DGB und Bergeron von der FO Frankreichs offensichtlich darum, mit dem EBFG die sich entwickelnde Einheit zwischen den Gewerkschaften des WGB und

### Italiens Gewerkschaften vor Vereinigung

Die drei größten Gewerkschaftsorganisationen Italiens — der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossene Allgemeine Italienische Gewerkschaftsbund (CGIL) und die dem IBFG angehörenden Gewerkschaftsorganisationen: Italienischer Gewerkschaftsverband (CISL) und Italienische Union der Arbeit (UIL) — haben kürzlich die Bildung eines Gremiums beschlossen, das die Vereinigung dieser Gewerkschaften vorbereiten soll. Im Kampf gegen die Monopole und für die Durchsetzung der Forderungen der Arbeiter ist die Koordinierung der Tätigkeit von großer Bedeutung. Diese Zusammenarbeit, die gegen den Willen einiger rechter Gewerkschaftsführer zustande kam, ist ein großer Schritt auf dem Wege zur Aktions-einheit der Gewerkschaften Italiens.

des Weltverbandes für Arbeit (ehemals christliche Gewerkschaften) in Frankreich und Italien abzublocken und den in der Arbeiterklasse vorhandenen Drang nach gemeinsamem Handeln auf einer antikommunistischen Basis entgegenzuwirken. Der Vertreter Frankreichs lehnte jegliche Zusammenarbeit des EBFG mit Gewerkschaften, die nicht dem IBFG angehörten, ab.

Auf der anderen Seite sprach sich der Vorsitzende der niederländischen Gewerkschaften, Ter Heide, dafür aus, möglichst enge Beziehungen zu anderen Organisationen herzustellen, die nicht dem IBFG angehören. „Wenn die europäischen Gewerkschaften eine Aktionseinheit anstreben, so denken sie dabei an die Aussicht auf ein wirkliches vereintes Europa, wo es notwendig werden wird, nur eine einzige, einheitliche Gewerkschaftsorganisation zu haben“, sagte Ter Heide wörtlich. Ähnliche Meinungen gab es auch bei Vertretern der skandinavischen Gewerkschaften.

Diese Auf die Einheit der europäischen Gewerkschaften gerichtete Linie kommt dem Vorschlag entgegen, für den sich der Vorsitzende der Sowjetgewerkschaften, Schelepin, auf dem 8. FDGB-Kongreß im Juni 1971 in Berlin ausgesprochen hatte: Schelepin erklärte: „Akut wurde die Frage der Schaffung einer einheitlichen europäischen Gewerkschaftszentrale des europäischen Ostens und Westens.“

Ein weiterer Aspekt der Auseinandersetzungen um den EBFG kam von den Vertretern der internationalen Berufsekretariate (IBS). Während einige dieser Vertreter den EBFG generell ablehnten, traten andere zwar dafür ein, sahen aber die Gefahr, daß mit dem EBFG die Autonomie der IBS durch die geplanten Zentralisierungsbestrebungen beeinträchtigt werden könnte. Zu den letzteren zählte auch der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer, der damit einen anderen Standpunkt als der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter auf dem Londoner IBFG-Kongreß vertrat.

Nach offensichtlich hinter den Kulissen geführten Diskussionen hat der neue IBFG-Präsident, McDonald, in seinem Schlußwort die Kritik am EBFG abgemildert und beteuert, die europäische Organisation brauche keine Spaltung des IBFG zu bedeuten. Allerdings sind damit die vorhandenen Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche nicht aus der Welt geschafft. Dies wird die weitere Entwicklung zeigen.

Die schon angesprochenen Widersprüche zwischen dem IBFG und den Internationalen Berufsekretariaten zeigten sich auch auf anderen Gebieten. Beispielsweise wandte sich der Vizepräsident des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), Daniel Benedict, gegen einen Vorschlag des DGB-Vorsitzenden Vetter, daß der IBFG im Kampf gegen die multinationale

nalen Konzerne auch die Richtlinien der Tarifpolitik bestimmen sollte. Er bestand darauf, daß für Kollektivverhandlungen mit den internationalen Konzernen der IMB zuständig sei. Auch der Vertreter der internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter (IUL), Dan Gallin, verwahrte sich gegen eine Führungsrolle des IBFG, zumal die Hälfte, wie er erklärte, der den internationalen Berufssekretariaten angehörenden Gewerkschaften nicht IBFG-Mitglied sei.

Die Widersprüche zwischen dem IBFG und dem IBS sollten jedoch nicht klassenmäßige Erkenntnisse verwischen, die es insbesondere bei der Einschätzung der Rolle der multinationalen Konzerne gab. Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, der zur „Industrie- und Wirtschaftsdemokratie“ sprach und eine Einführung für diesen Teil des angenommenen Programms „Der IBFG stellt sich der Zukunft“ gab, sagte z. B.:

„In jedem privatkapitalistischen Unternehmen besteht auf der Seite der Unternehmer Herrschaft über Menschen. Auf der Seite der Arbeitnehmer dagegen werden Abhängigkeiten und Zwänge täglich konkret erfahren... Herrschaft und Abhängigkeit wachsen mit der Größe des Unternehmens. Das große Unternehmen erlangt zugleich gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Bedeutung und damit Macht. Das gilt vor allem für die multinationalen Unternehmen... Im Verhältnis zu den Entwicklungsländern haben einige Weltkonzerne das Erbe der früheren Kolonialmächte angetreten.“ Aus dieser Einschätzung leitete Vetter ab:

„Notwendig ist Kontrolle durch die Arbeitnehmer selbst und ihrer Organisationen. Sie müssen Gegenmacht gegen die Macht der Unternehmensleitungen ausüben. Dazu brauchen wir schlagkräftige Gewerkschaften und starke solidarische internationale Organisationen. Die Stärke der Gewerkschaften muß sich zu allererst im Betrieb erweisen. Hier müssen gewerkschaftliche Kontrollrechte ansetzen.“ So begrüßenswert diese Orientierung auch ist, so muß doch die weiterhin aufrechterhaltene bornierte Ablehnung des IBFG, mit dem WGB zusammenzuarbeiten, ihre Verwirklichung zu Gunsten der Weltkonzerne beeinträchtigen.

Das Drängen verschiedener westeuropäischer IBFG-Gewerkschaften für die Aktionseinheit mit allen Gewerkschaften gegen das internationale Kapital und die Bewegungen innerhalb der amerikanischen Gewerkschaften gegen die erkonservative Politik des Befürworters der amerikanischen Aggression in Vietnam, Meany, Präsident der AFL-CIO, könnte dafür ein hoffnungsvoller Anfang sein. Die gewählten Organe des Weltgewerkschaftsbundes haben schon mehrfach ihre Bereitschaft für eine Zusammenarbeit gegen das internationale Monopolkapital erklärt. Werner Petschick

# Hauptfeind ist der Krieg

## Ratifizierung der Verträge Anzeichen der Entspannung Regelung der Beziehungen zwischen BRD und DDR notwendig

Anläßlich des Antikriegstages am 1. September erhielten wir einen Brief unseres Lesers Gerhard Haut, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, den wir etwas gekürzt nachfolgend veröffentlichen:

Es ist zwar kein runder Jahrestag des Ausbruchs des zweiten Weltkriegs, es lohnt sich aber, anläßlich dieses Tages über neue Wege der Friedenssicherung in der Welt nachzudenken.

Die Unterzeichnung der Verträge von Moskau und Warschau kann als erstes Anzeichen einer Entspannung in Europa gewertet werden, zu der auch eine grundlegende Regelung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten gehören muß. Das bedeutet nichts anderes, als den Krisenherd Europa endlich zu entspannen und damit gleichzeitig zu einer Entspannung zwischen Ost und West zu kommen. Der Hauptfeind der Menschheit sind nicht Ideologien oder Staaten, sondern der Krieg.

Der Krieg setzt von den beteiligten Staaten eine Rüstung voraus. Diese Rüstung wiederum verhindert den sozialen Fortschritt. Seit Beendigung des zweiten Weltkriegs stehen sich Ost und West bis an die Zähne bewaffnet gegenüber. Immer wieder wird versucht, das Gleichgewicht des Schreckens herzustellen, obwohl jedem bekannt sein dürfte, daß es nach einem mit modernsten Waffen geführten Krieg keine Sieger und Besiegte, sondern nur noch Überlebende geben kann. Die seit Jahren geführten Abrüstungsverhandlungen brachten noch keine nennenswerten Erfolge. Das Vertrauen fehlt, denn Vertragswerke allein können den Frieden nicht sichern.

Seit 1964 werden von den verschiedensten Parteien, Bewegungen und Verbänden europäische Sicherheitskonferenzen gefordert. Auch der 9. ordentliche DGB-Kongreß wandte sich an die Bundesregierung mit der Forderung, die Bemühungen um das Zustandekommen einer Konferenz für die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zu unterstützen.

Vom 2. bis 5. Juni 1972 fand das erste große „Forum der europäischen Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit“ im Brüsseler Kongreßpalast statt. Über 700 Persönlichkeiten aus 27 europäischen Staaten — Politiker und Abgeordnete regierender und oppositioneller Parteien, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Gelehrte, Publizisten, Künstler, Sprecher von Studenten-, Jugend- und Frauenorganisationen — erörterten in der Form einer öffentlichen Aussprache Bedingungen und Perspektiven eines sta-

bilen Friedens auf dem europäischen Kontinent.

Übereinstimmend war das Forum der Auffassung, daß die europäische Sicherheit auf folgenden grundlegenden und universellen Prinzipien im Geiste der Charta der Vereinten Nationen beruhen soll:

- Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung,
- Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen,
- Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten,
- Achtung der nationalen Unabhängigkeit und der Gleichberechtigung aller Staaten,
- Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität aller Länder des Kontinents,
- Achtung des Rechts der Völker, ungehindert über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden,
- friedliche Koexistenz und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den Staaten.

Solche Konferenzen sind dazu angehen, sich einander näher zu kommen. Dieser Konferenz müssen weitere folgen, denn die Probleme dieser Erde können nicht mehr national gelöst werden. Eine internationale Zusammenarbeit ist mit langfristigen Planungen notwendig. Langfristige Planungen sind aber nicht möglich, wenn man sich bedroht fühlt. Sie können also nur in Sicherheit verwirklicht werden. Es gilt daher, die Barrikaden wegzuräumen, um ein Höchstmaß an Zusammenarbeit zu erreichen.

In dieser Situation muß Friedensforschung statt Kriegsforschung betrieben werden, muß, wo auch immer, das Freund-Feind-Denken aus den Gehirnen der Menschen verschwinden, muß in Schulen Friedens- statt Wehrkunde gelehrt werden.

Nur wenn die Menschen bereit sind und die Regierenden beispielgebend vorgehen, wird das Mißtrauen in Vertrauen verwandelt werden können. Wir müssen zu einer neuen Form der kollektiven Sicherheit kommen. Laßt uns an dieser historischen Wende in Europa — die Toten der Kriege verpflichten uns dazu — an die Arbeit gehen. Mit emotionalen Worten ist es nicht getan. Vielmehr gilt es, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Ein solches Handeln kann nur zum Nutzen für die ganze Menschheit sein.

**Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Profitratenentwicklung.** Auszug aus dem Beitrag von Prof. Dr. Lutz Mäler im Taschenbuch „Der staatsmonopolistische Kapitalismus — Einführung in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der Sowjetunion“, Verlag Marxistische Blätter GmbH, rund 170 Seiten, ca. DM 7,50.

Die in unserem Institut (Institut für Internationale Politik und Wirtschaft) durchgeführten Untersuchungen der Profitentwicklung unter Berücksichtigung der ökonomischen Aktivität des Staates haben interessante Erkenntnisse vermittelt.

— Die Wachstumsraten der Profite unterliegen zwar auch beträchtlichen Schwankungen, ihre zyklische Kurve liegt jedoch im allgemeinen über der der Industrieproduktion, und die Tendenz der Entwicklung ist im allgemeinen stabiler.

— Der Vergleich zwischen den Wachstumsraten der Brutto- und Nettoprofiten läßt einen deutlichen Unterschied erkennen. So betrug von 1961 bis 1969 die Steigerungsrate der Industrieproduktion in der BRD 53,7 Prozent, der Bruttoprofiten der industriellen Aktien-

beweist, daß das Privatkapital allein, nur auf sich gestellt, nicht mehr fähig ist, die Bedingungen seiner weiteren Verwertung zu sichern.

Eben dieser „Effekt“ und nicht etwa eine „totale Wirkungslosigkeit“ macht die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates zu einer Quelle von Widersprüchen und Konflikten, einer insgesamt wachsenden ökonomischen und sozialen Labilität des kapitalistischen Systems. Es ist ein klassenbedingter Effekt, und die objektiv bedingte Orientierung der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik auf Stabilität der Profite des Großkapitals hat die zunehmende Instabilität der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung als Ganzes zur Folge, bürdet der Mehrheit der Gesellschaft immer größere Lasten auf.

Das Reagieren des Staates auf objektive Zusammenhänge und Widersprüche der Reproduktion ist stets das Reagieren gesellschaftlicher Kräfte, hier der Finanzoligarchie. Alle Aktivitäten des imperialistischen Staates sind somit von seiner Klassenfunktion als politisches Machtinstrument der Finanzoligarchie bestimmt, und die staatliche Wirtschaftspolitik, so z.B. die Frage der Steuern, der Subventionen, der Staatsausgaben, der Tätigkeit der Staatsunternehmen usw., stellen ein spezifisches Feld dar, auf dem die Klasseninteressen zwischen Monopolkapital auf der einen und der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen auf der anderen Seite ausgetragen werden.

Die konkreten Formen und Richtungen der ökonomischen Tätigkeit des Staates sind also vor allem ein politisches Problem, d. h. eine Frage der Auseinandersetzung zwischen den Klassenkräften, verbunden mit Kompromissen und sich widersprechenden Entscheidungen. Hieraus erklären sich die oft wechselnden Erscheinungsformen der ökonomischen Tätigkeit des Staates und die sich manchmal widersprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die an der Oberfläche das Bild eines Bündels unterschiedlicher Interessen und Wünsche ergeben. Im Rahmen der allgemeinen, vor allem vom Klassencharakter bestimmten Erfordernisse der Reproduktion unterliegen die konkreten Maßnahmen somit dem Kampf und dem Kräfteverhältnis der Klassen.

Die sogenannte Saure-Gurken-Zeit gab es für den NACHRICHTEN-Verlag nicht. Tag für Tag gingen zahlreiche Bestellungen ein. Das „BVG '72“ war trotz Urlaubszeit stark gefragt und auch „Entschleierte Profite“ gingen wie die warmen Semmeln. Aber keine Angst, lieber Leser, falls Sie die genannten Bücher noch nicht besitzen, der Druckauftrag für die zweite Auflage ist schon herausgegangen; dazu erscheint „BVG '72“ mit Stichwortregister, damit das Suchen leichter wird. Ferner erhält es einen besseren Umschlag. Übrigens, sollten Sie das Buch schon haben, so können Sie das Register beim Verlag nachbestellen. Um Ihnen Arbeit und Postgebühren zu ersparen, wo letztere ohnehin schon viel zu hoch sind, brauchen Sie nur Briefmarken im Werte von 20 Pfennig der Bestellung beizulegen.

Erfreulich ist auch, daß die 4. Auflage von „Marxismus leichtgemacht“ bis auf einige wenige Exemplare an den Mann bzw. die Frau gebracht ist. Das läßt auf reges Interesse für die ökonomischen Theorien von Karl Marx schließen, der wissenschaftlich nachgewiesen hat, daß es darauf ankommt, die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern.

Vielleicht haben Sie auch die Beilage in NACHRICHTEN Nr. 7/72 „Bessere Lebensqualität als Aufgabe“ aufmerksam studiert, die Anregungen vieler Wissenschaftler und bekannter Gewerkschafter aus sozialistischen und kapitalistischen Ländern enthält, was zu tun sei, damit auch unsere Enkel noch in einer lebenswerten Welt existieren können. Hier sind noch Exemplare zu haben, mit einem festen Umschlag (28 Seiten) zum Preis von 2,00 DM. Bestellungen nehmen wir gerne entgegen.

Bevor ich es vergesse: Ein neues Buch ist bei uns in Vorbereitung. Ach! Autoren, die sich in der DDR aufmerksam umgeschaut haben, schreiben über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in der DDR, der über sieben Millionen Mitglieder zählt. Hier wird berichtet, welche Rechte die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben haben, welche Bildungsmöglichkeiten es für Jugendliche gibt und wie die Gleichberechtigung der Frau, kurz gesagt, wie der reale Sozialismus im täglichen Leben aussieht.

Das Buch mit rund 200 Seiten, einigen Bildern und zu einem niedrigen Preis (6,00 DM) wird wahrscheinlich Ende Oktober beim NACHRICHTEN-Verlag, der WLVG und in allen Buchhandlungen zu haben sein. Der Verlag plant außerdem die Herausgabe eines Protokolls der 15. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands in Rostock. Doch darüber in der nächsten Ausgabe mehr. jaco

## Das aktuelle Buch

gesellschaften 60,3 Prozent und der Nettoprofiten 83,4 Prozent. Hier stoßen wir auf die für den Profitemechanismus bedeutende Rolle der mit Hilfe des Staates organisierten ständigen Umverteilung des Nationaleinkommens.

— Über zeitweilige und zyklisch bedingte Schwankungen hinweg vollzog sich in der BRD ein tendenzieller Rückgang der Bruttoprofitraten, der allerdings relativ gering ist und mehr zur Stagnation tendiert, was bereits auf starke, dem Rückgang entgegenwirkende Kräfte schließen läßt. Die Nettoprofitraten weisen eindeutig steigende Tendenz auf. Die staatsmonopolistische Umverteilung der Einkommen tritt hier als ein wesentlicher, dem Fall der Profitrate entgegenwirkender Faktor hervor.

Es offenbart sich jene von Marx aufgedeckte tiefe innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die mit ihrer eigenen Fortentwicklung in Konflikt gerät und damit ihre historischen Schranken selbst errichtet. Sie ist eine der inneren Haupttriebkraft für die wachsende Rolle des bürgerlichen Staates. Die Einbeziehung des Staates in die Profitproduktion und -realisierung

- **17. bis 22. September**  
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Nürnberg.
- **17. bis 23. September**  
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik in Dortmund.
- **24. bis 28. September**  
10. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Hannover.
- **24. bis 30. September**  
9. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Mainz.
- **1. bis 6. Oktober**  
8. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Dortmund.
- **28. und 29. Oktober**  
Außerordentliche Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier in Stuttgart.
- **30. November und 1. Dezember**  
Gründungskongreß des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG) in Brüssel.
- **30. November**  
Lohn- und Gehaltstarifverträge für die Beschäftigten in der eisenschaffenden Industrie laufen ab.
- **31. Dezember**  
Zu diesem Termin laufen ab und sind kündbar die Tarifverträge für die Beschäftigten in der metallverarbeitenden Industrie, im öffentlichen Dienst bei der Bundesbahn und Bundespost.

## Britische Hafnarbeiter streikten geschlossen

Nach drei Wochen Dauer ist der Streik der britischen Hafnarbeiter in der zweiten Augushälfte beendet worden. Bei dem Streik ging es um die Sicherung der Arbeitsplätze, die durch die Absicht der Unternehmer bedroht sind, die höher als andere Berufsgruppen bezahlten Hafnarbeiter vom Verladen der Container auszuschließen. Der Streik wurde durch die Verhaftung von fünf gewerkschaftlichen Vertrauensleuten zugespitzt und löste im In- und Ausland eindrucksvolle und wirksame Solidaritätsaktionen aus.

Der ausgehandelte Kompromiß bezieht sich u. a. auf die Weiterbeschäftigung der Hafnarbeiter beim Be- und Entladen der Container. Sie sollen nach den geltenden Tarifen entlohnt werden. Ein Sozialplan sieht bei unvermeidlichen Entlassungen Entschädigungen und außerdem Umschulungs- und Maßnahmen der Arbeitsplatzbeschaffung vor. Die Garantielöhne sollen angehoben und der Jahresurlaub verlängert werden.

**Maria Borris: Die Benachteiligung der Mädchen in Schulen der Bundesrepublik und Westberlin, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1972, 160 Seiten, DM 7,00.**

*Die IG Metall veröffentlichte jetzt zusammen mit der Europäischen Verlagsanstalt die Ergebnisse einer Untersuchung über die Benachteiligung der Mädchen in den Haupt-, Real- und Berufsschulen in der Bundesrepublik und in Westberlin. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sind erschütternd. Wie eh und je werden schon in den Hauptschulen den Mädchen bestimmte Wissensgebiete vorenthalten, wird ihr Eintritt ins Arbeitsleben erschwert.*

*Von dem ohnehin ungenügenden Unterricht in Arbeitslehre — dafür steht z. B. im Saarland nur ein einziger Lehrer zur Verfügung, der in einem Sonderkurs eine Spezialausbildung in Arbeitslehre erhielt — sind die Mädchen ganz ausgeschlossen. Sie werden dagegen mit Handarbeit beschäftigt und in Hauswirtschaft unterrichtet. Wie früher — das ergab die Untersuchung — wird auch heute noch die Frau in den Schullesebüchern als dienendes Hausmütterchen mit zwei und drei Kindern beschrieben.*

*So heißt es z. B. in den Richtlinien für die Hauptschulen Nordrhein-Westfalens von 1967, die heute noch gültig sind: „Der Nadelarbeitsunterricht erzieht zu Fleiß und Ausdauer, Ordnung, Genauigkeit, Sauberkeit und Sparsamkeit, zum Dienst in der Gemeinschaft.“ (Seite 48) In Bremen erhalten die Jungen in der 8. und 9. Klasse wöchentlich vier Stunden Werkunterricht, die Mädchen statt dessen in der 8. Klasse zwei Stunden Hauswerk und zwei Stunden Nadelarbeit und in der 9. Klasse der Grundschule vier Stunden Hauswerk und zwei Stunden Nadelarbeit (Seite 44).*

*Mit Recht stellt die IG Metall zu den Ergebnissen der Untersuchung fest: „Mädchen erhalten in den Haupt-, Real- und Berufsschulen einen Unterricht, der die Bezeichnung ‚hauswirtschaftlicher Eintopf‘ verdient und der sich am alten Klischee orientiert: ‚Drinne waltet die züchtige Hausfrau, die Mutter der Kinder.‘“*

*Dem bleibt nichts hinzuzufügen, abgesehen davon, daß das Buch noch an Wert gewonnen hätte, wenn Schlußfolgerungen gezogen worden wären, was zu tun ist und wie unser künftiges Schulsystem auszusehen hat.*

G. M.

## Höhere Renten in der DDR

3,4 Millionen Rentner in der DDR erhielten für den Monat September erstmals die im Zusammenhang mit den kürzlich beschlossenen sozialpoliti-

schen Maßnahmen vorgesehenen erhöhten Renten. Die durchschnittliche Rentenerhöhung liegt bei etwa 40 Mark. Für 40 Mark kann sich der Rentner in der DDR z. B. folgendes kaufen: Sechs Dreifundsbrote à 0,78 Mark gleich 4,68 Mark; ein Zentner Kartoffeln zu 4,50; zehn Straßenbahnfahrkarten à 20 Pfennig gleich 2 Mark; ein Kilo Schnitzel zu 10 Mark; 500 Gramm Teewurst zu 4 Mark; 500 Gramm Butter zu 4,80 Mark; 20 Brötchen zu 1 Mark; ein Zentner Brikett zu 1,80 Mark, 250 Gramm Schinken zu 3,50 Mark; dreimal Haareschneiden oder eine Wasserwelle.

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der NACHRICHTEN liegt je eine Bestellkarte des Verlags „Marxistische Blätter“ und der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, beide Frankfurt/Main, bei.

D. Red.

## Zu guter Letzt

*Die Amerikanerin Olga Connolly, die beim Einmarsch der Nationen die US-Fahne getragen hatte, ließ im Olympischen Dorf unter ihren Mannschaftskameraden eine Petition zirkulieren, in der der US-Präsident Nixon aufgelordert wurde, die Lultangriffe gegen Nordvietnam für die Zeitdauer der Olympischen Spiele einzustellen.*

## NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Die NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember — nur für Abonnenten).

Herausgeber: Josef Ledwohn, Essen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Redaktionskollegium:  
Dr. Werner Petasch, 8 Frankfurt/M. 1, Glauburgstraße 68;  
Heinz Seeger, 239 Friedrichshafen, Erlenweg 3/9;  
Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Harnackring 31.

Verlags- und Redaktionsanschrift: 8 Frankfurt/M. 1, Postfach 18 0372, Glauburgstraße 68; Telefon 50 97 91; Konto-Nr. 10-5823-6 Bank für Gemeinwirtschaft Frankfurt/Main; Postcheckkonto: Frankfurt 305040.

Einzelpr. 1,80 DM, Jahresabonnement 17,- DM einschließlich Zustellgebühr. Halbjahresabonnement 8,50 DM.

Bei Nichterheben infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe.

Druck: Blamhack & Co., Neumünster



**NACHRICHTEN-Verlags-Gesellschaft mbH.**  
Frankfurt am Main